

Handwerkspräsident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 24. April 1929

Nummer 33

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelnummer 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreiländerstr. 5

Gau Schleswig-Holstein

Nach dreijähriger Pause hielt der Gau Schleswig-Holstein am 6. und 7. April in der Industriestadt Neumünster seinen 49. Gauversammlungstag ab. Erschienen waren aus 28 Orten 49 Delegierte und als Gäste u. a. die Kollegen Karl Schaeffer (Berlin), Kunkler (Hamburg), Dahnte (Schwerin), Lohse (Hamburg) vom Hilfsarbeiterverband, Thierbach (Hamburg) vom Buchbinderverband und Gewerkschaftssekretär Hennig vom Ortsauschuß Neumünster des DGB.

Der Gewerkschaftsjahrestag Neumünster erzielte für seine zwei Tage einleitenden Lieber starken Beifall. Nach Erledigung der üblichen Begrüßungsansprachen, Ehrung der Toten usw. wurde zunächst eine Mandatsprüfungskommission gebildet aus den Kollegen Sönnow, Jespen, Jürgensen, Lange, Stofhus und Tilsner. Der Kommission wurde die Vorberatung der Punkte: Gaubeitrag, Entschädigungen, Tagesgelder und Festsetzung der dem Gauvorstand für außerordentliche Unterstützung zur Verfügung stehenden Summe mit übertragen.

Gauvorsteher Prützer lieh in einem kurzen Bericht die wichtigsten Ereignisse der verflochtenen drei Jahre noch einmal vorübergehen und verwies im übrigen auf die gedruckt vorliegenden Berichte. Die tariflichen Verhältnisse seien im allgemeinen als geregelt zu bezeichnen, doch hätte der Gauvorstand des öfteren eingreifen müssen in der Frage des Achtstundentages, der Überstunden und insbesondere der Lehrlingskafala. Der Achtstundentag sei nunmehr reiflos durchgeführt. Bezüglich der Überstunden müsse mehr Rücksicht auf die Arbeitslosenfrage genommen werden. Immer wieder werden in den Gaumitteilungen wichtige Hinweise für die Praxis gegeben. Diese Hinführung aufzubewahren, den Inhalt zu beachten, sei besondere Pflicht. In der Lehrlingsfrage sei des öfteren die Hilfe der Handwerkskammer und der Gewerkschaften in Anspruch genommen. Der Erfolg war nicht immer befriedigend. Durch die Einführung der Lehrlingsordnung für den Handwerkskammerbezirk Altona und neuerdings auch Flensburg werde hoffentlich das Lehrlingswesen in fest umrissene Bahnen gelenkt werden. Festgestellt sei, daß das Berufsamtungsleben zu wünschen übriglasse, nur bei Lohnfragen sei eine stärkere Beteiligung wahrzunehmen. Mit Vergnügen wurde jedoch vom Vorsteher auch bemerkt, daß die Veranstaltungen zum 60jährigen Verbandsjubiläum und später zum 60jährigen Gaujubiläum von der Kollegenschaft und deren Angehörigen stark besucht waren. Die wirtschaftliche Lage erfordere aber nicht nur einiges Zusammenstehen, sondern auch rege Teilnahme an der Tageskassenarbeit. Nach wie vor sei der Gauvorstand zur Stellung von Referenten bereit, um zu helfen, die Veranstaltungen anregender zu gestalten. Die Statistik des Vorjahres ergab ein sehr gutes Organisationsverhältnis. Von 1025 Gehilfen waren 954 Verbandsmitglieder, vier Gutenbergsbündler, 67 unorganisiert. Von letzteren ist der größere Teil Meisterjöhne bzw. nicht mehr für die Organisation geeignet. Von 366 ermittelten Lehrlingen gehören 316 der Lehrlingsabteilung an. Wenn wir bezüglich der Lehrlingszahl im Verhältnis zur Gehilfenziffer an der Spitze der Gaue marschieren, so dürfte das einmal an der fast reiflosen Ausnutzung der Lehrlingskafala liegen und zum anderen daran, daß unsere Statistik so gut wie alle Betriebe erfasst hatte.

Gaukassierer Tilsner gab anschließend eine vergleichende Übersicht über die Kassenverhältnisse. Die Überschüsse seien nicht mehr so sprunghaft gestiegen. Die zahlreichsten besonderen Veranstaltungen (Verbands- und Gaujubiläen, Jungbuchdrucker, „Pressa“ usw.) haben starke Anforderungen an die Kasse gestellt. Die Mitgliederzahlen seien im allgemeinen konstant geblieben. 1926: 1026, 1928: 1028. Nur die der Lehrlingsabteilungsmittglieder sei von 199 im Jahre 1926 auf 326 in 1928 angestiegen. Die Zunahme des Gauvermögens in den verflochtenen drei Jahren betrage 2351,84 M. Das 60jährige Gaujubiläum erforderte als Zuschuß der Kasse 4090,15 M. An Pressazuschuß wurden für Gehilfen 2230 M., für Lehrlinge 340 M. geleistet. Der Jungbuchdrucker in Kiel und das Gewerkschaftliche Jugendtreffen in Hamburg kostete der Kasse 2404,75 M. Aus Lehrlingsbeiträgen vereinnahmten wir einschließlich 10 Pf. Gaubeitrag im Jahre 1928 2360,05 M., demgegenüber stand

eine Ausgabe für Zwecke der Lehrlingsabteilung von 3288,28 M., so daß trotz der Heranziehung der Lehrlinge mit einem Gaubeitrag noch ein Zuschuß von 907,63 M. erforderlich war. Aus den Ausgaben für Tagungen und Beiträge sei ersichtlich, daß für Aufführung und Fortbildung der Mitglieder erhebliche Mittel aus der Kasse aufgewendet werden. Der Vermögensnachweis ergab am Ende 1928 eine Einnahme von 41 586,19 M. (einschließlich des Bestandes aus dem Vorjahre von 18 273,82 M.) und eine Ausgabe von 22 758,69 M., so daß ein Bestand von 18 827,50 M. verblieb. Der Kassierer schloß seinen Bericht mit dem Hinweis, daß durch die Zentralisierung der Verwaltung der Verkehr mit den Mitgliedern ein engerer geworden sei und Beschwerden bisher nicht laut geworden seien.

In der sich anschließenden Diskussion kam mehrfach das allgemeine Vertrauen zu der Tätigkeit des Gauvorstandes zum Ausdruck. Insbesondere wurde debattiert über den Verbandsbeitrag und die Notwendigkeit, alles zu tun, um die Kollegenschaft zur ständigen Mitarbeit und Mitarbeit heranzuführen. Ein Kollege forderte, daß man die jungen Kollegen mehr als bisher zur verantwortlichen Mitarbeit heranziehen solle. Zum Ausdruck kam aber auch, daß kein Grund zum Miesmachen vorliege und wir vorwärts gekommen sind in der Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen. Kollege Schaeffer vom Verbandsvorstand ergänzte die sehr sachliche und kollegiale Aussprache durch eine eingehende Erläuterung wichtiger organisatorischer Fragen.

Nach kurzen Schlussworten des Vorstehers und des Kassierers nahm Kollege Wieland als Gaulehrlingsleiter das Wort und gab eine allgemeine Übersicht über den Stand und die Arbeit der Lehrlingsabteilung. Angesichts der stark angestiegenen Lehrlingszahlen im Gau vertrat er die Meinung, daß eine Änderung der Lehrlingskafala notwendig sei. In einer Lehrlingsleiterkonferenz sei gute Vorarbeit geleistet worden. Im allgemeinen sei der Besuch der Versammlungen nicht schlecht. Er könne und werde besser sein, wenn die Gehilfen selbst die Lehrlinge zum Besuch anspornen. In vielen kleinen Orten wäre schwer zu arbeiten, so daß in der Hauptsache der „Jungbuchdrucker“ das Bindemittel darstelle. Zum vierten Jungbuchdrucker in Kiel waren 250 Abteilungsmitglieder erschienen. Im weiteren besprach der Gaulehrlingsleiter die Erfahrungen mit der Einführung der Lehrlingsordnung im Bezirk der Handwerkskammer Altona. Es sei gelungen, beim einseitigsten Lehrvertrag Verbesserungen abzuwehren und einige Verbesserungen hineinzubringen. Die Ordnung müsse sich erst einspielen. Dann werden sich auch Vorkommnisse, wie Einstellung von Lehrlingen, die bei der Signaturprüfung als ungeeignet befunden wurden, nicht wiederholen. Die Handwerkskammer habe zugesichert, daß in Zukunft streng nach den Ergebnissen der Prüfungen gehandelt werden solle. Bei den Gehilfenprüfungen habe sich ergeben, daß die Resultate in aus sändlichen Bezirken sehr schlecht waren. Dies müsse ein Anstoß sein, der Lehrlingsordnung starke Geltung zu verschaffen und mehr für Schaffung von Fachschulen einzutreten.

Die Debatte zu diesem Bericht ließ erkennen, daß die Delegierten sich der Bedeutung der Lehrlingsfrage Bewußt waren. Die vorgetragenen Mängel trugen zur Aufklärung bei. Gewünscht wurde u. a., daß neben Zeitungsberichten das Halten von Lehrlingen unterzogen werde und die Gehilfen nicht mehr mitkäufen bei der Gehilfenzahl. Hingewiesen wurde ferner darauf, daß der Andrang zum Beruf vielfach mitverschuldet werde von Kollegen, die mit erzielten hohen Löhnen renommieren, ohne dabei zu sagen, in wieviel Überstunden diese „erarbeitet“ seien. Ein einstimmig angenommenes Vertrauensvotum beendete die Gehilfenberichte. Damit war dann auch das vorgesehene Abendessen erledigt.

Am zweiten Verhandlungstage wurde zunächst in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. Die Wünsche der Orte Pinneberg auf Angleichung an Hamburg-Altona und Ragnburg-Mölln an Mecklenburg-Lübeck fanden Ablehnung. Die Kollegen wurde gebeten, die in einigen Jahren sicher kommende Neueinteilung der Gaue abzuwarten. Der Antrag Rendsburg auf grundsätzliche Stellungnahme zur Zulässigkeit von Extrabeiträgen wurde zurückgezogen, nachdem darauf hingewiesen worden war, daß im „Matgeber“ die Wege gezeigt seien,

um den auftretenden Mängeln aus dem Wege zu gehen. Ein Antrag auf anderweite Festsetzung der Entschädigung der Orte wurde ebenfalls zurückgezogen, einigen Präzisierung der Gaujahre jedoch zugestimmt. Abgelehnt wurde der Antrag Rendsburg, der verlangt, daß zu den Bezirksversammlungen den Kollegen, die außerhalb des Tagungsortes wohnen, ein Zehrgeld von 2 M. bewilligt wird. Es wurde bei Begründung der Ablehnung darauf verwiesen, daß örtlich oder bezirklich ein solcher Zuschuß angestrebt werden könne, für die Kasse eine solche Belastung jedoch nicht tragbar sei. Beschlossen wurde sodann, daß der Gautag in der Regel alle drei Jahre stattfinden hat. Die vorliegenden Anträge auf Erhöhung und Erweiterung der Gaunterstützungen wurden dem Gauvorstand als Material überwiesen. Nach dem Frankfurter Verbandstag soll er dann prüfen, inwieweit sie, ohne mit den dort gefassten Beschlüssen zu kollidieren, durchgeführt werden können.

Der wichtigste Punkt: „Der diesjährige Verbandstag“, wurde von Prützer eingeleitet mit einer Übersicht der Aufgaben der Tagung. Im Vordergrund ständen diesmal Unterstützungsfragen. Die Gauvorsteher- und Kassiererkonferenz habe bereits Vorarbeit geleistet durch Ausarbeitung einer Unterstützungsgrundlage. Er schlage bei der Invalidentafel noch zwei weitere Staffeln vor. Die Spartenfrage werde ebenfalls den Verbandstag stark beschäftigen. Die Schaffung einer Handwerkszentralkommission stehe auf der Tagesordnung. Die Handwerksparke sei heute nötig, den Übergriffen der Sparten müsse jedoch entgegengetreten werden.

Im Anschluß an diese Ausführungen begründete Lorenzen die gestellten Anträge zum Arbeitsschutzgesetzentwurf und zur Sozialversicherung. Es sei notwendig, daß auch die Buchdrucker zu den brennenden sozialpolitischen Tagesfragen Stellung nehmen. Das geplante Arbeitsschutzgesetz enthalte eine Zusammenfassung aller öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzbestimmungen. Der Entwurf sei sehr mangelhaft, der Achtstundentag vor lauter Ausnahmefällen kaum wiederzuerkennen. Wehren müsse man sich besonders gegen die mögliche Ausnahmehandlung der Kleinbetriebe bis zu fünf Arbeitnehmern in der Frage der Arbeitszeit, ebenso der Zeitungsbetriebe bei der Mehrarbeit. Die Vereinheitlichung der Sozialversicherung müsse ferner immer wieder gefordert werden angesichts der Bestrebungen auf Zerstückelung bzw. Zersplitterung.

In der Debatte wendet sich Cohen (Maschinensehervertreter im Gauvorstand) scharf gegen die Übergriffe der Sparten in Unterstützungsfragen und der Lohnpolitik. Es dürfen keine Schärren aufkommen zwischen den Anschauungen der Hand- und Maschinenseher. Schimpke als Vertreter der Kieler Handsehervereinigung bezeugt die Handseher als die Unterdrückten im Verbands. Die Frageunterschiede zwischen Maschinenseher und Handseher müßten ausgeglichen werden, die Handseher seien als gleichwertig anzusehen. In der weiteren Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Zuschläge für die Maschinenseher gerade dazu beigetragen hätten, das Lohnniveau zu heben. Es sei ein falscher Glaube, daß die Gründung von Handsehervereinigungen allein schon das Lohnniveau beeinflussen könne. Demgegenüber wurde wieder betont, daß heute an den Handseher weitgehende technisch hochstehende Anforderungen gestellt würden und entsprechende Entlohnung erforderlich. Auch Kollege Schaeffer ging auf die aufgeworfenen Fragen ein. Es sei typisch, daß die Spartenfragen im Vordergrund ständen, daran erkenne man, was auf dem Spiele stehe. Nicht das Einzelinteresse dürfe entscheidend sein, sondern das Gesamtinteresse. Die Entwicklung der Technik sei stark gegen die Handseher, es sei daher sehr schwer, hier vorwärtszukommen. Die richtigen Wege würden hoffentlich dennoch gefunden. Der Verbandstag werde klar zu entscheiden haben, ob Sparten berechtigt seien, in die Regelung der Lohn- und Unterstützungsfragen einzugreifen. Zur Sozialgesetzgebung bemerkte Schaeffer, wenn die Arbeiterschaft nicht so zerrissen wäre, könnte wesentlich mehr erreicht werden auf allen Gebieten. Hier sei noch viel zu tun. Alle Verwirrungen müssen wir vermeiden, um durch einiges Zusammenstehen vorwärtszukommen. Nach Beendigung der sehr anregend verlaufenen Aussprache wurden die vorliegenden Anträge des Gauvorstandes zur Unterstützungsfrage und Sozialgesetzgebung angenommen.

Als Kandidaten zum Verbandstag wurden Johann Aufgestell: Blunt (Heide), Knauer (Hensburg), Lorenzen (Riel), Tilsner (Riel). Hier von sind zwei zu wählen.

Die Mandatsprüfungskommission gab hierauf ihren Bericht, und es wurden vorschlagsgemäß alle Mandate für gültig erklärt. Die von der gleichen Kommission vorgelegenen Entschädigungssätze fanden Annahme. Der dem Gauvorstand für außerordentliche Unterstützung zur Verfügung zu stellende Betrag wurde auf 2000 M. festgesetzt. Der Gaubeitrag verbleibt in alter Höhe. Als Ort der nächsten Tagung wurde Ederförde gewählt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nach der Mittagspause beglückwünschte Kollege Schulz den Gauvorsteher zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum und überreichte ihm im Auftrage der Rieker Mitgliedschaft in Anerkennung seiner Verdienste ein kleines Präsent.

Sodann kam der Punkt „Die tarifliche Lage“ zur Erörterung. Prützer gab auch hierzu die Einleitung. Er schilderte die Lage im Gau als im ganzen gut und ging näher auf die verflochtenen Lohnverhandlungen ein. Ein Erfolg sei, daß die Erhöhung allen Gehilfen zugute komme. Leider könne man auch beobachten, daß die Lohnherabsetzungen von einzelnen Firmen zum Anlaß genommen würden, betriebliche Vergünstigungen in der Arbeitszeit zu beseitigen. Wo Schwierigkeiten entständen, müsse dem Gauvorstand sofort Mitteilung gemacht werden. Prützer empfahl dann einige Anträge zum Manteltarif: Die Löhne sind wieder von einem Lohn mit 0 Prozent Ortszuschlag aufzubauen; die Altersklassenstaffelung ist zu verringern, das Sozialversicherungssystem zu vereinfachen, die Unterschiede in der Feriendauer zwischen kleinen und großen Orten zu beseitigen. Bei den entsehbungspflichtigen Dienstbehinderungen wird verlangt, daß hierzu auch Anfälle zählen, die auf dem Wege von der Arbeit und zu der Arbeit erfolgen, wie auch Bleierkrankungen. Die Debatte war nur kurz. Schimpf verlangte, daß die Handwerker zukünftig mehr berücksichtigt würden, sie wollten nicht weiter zurückstehen. Kollege Schaeffer schilderte in längeren Ausführungen die Schwierigkeiten einer gerechten Lohnregulierung. Bezüglich der Laufdauer des jetzigen Lohns sei zu sagen, daß die Trennung der Manteltarifverhandlungen von den Lohnverhandlungen auch für Gutes haben könnte. Im übrigen müsse jeder einzelne mehr seinen Mann stellen bei Verbesserung der Lohnverhältnisse. Auch die genaue Kenntnis des Tarifs verschaffe manche Vorteile. Die vorgelegten Anträge fanden Annahme. Unter Punkt „Beschwerden“ lag nichts vor. Die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Prützer als Gauvorsteher, Tilsner als Kassierer, Lorenzen als Schriftführer wurden einmütig wiedergewählt. Auf Vorschlag aus der Versammlung heraus wurde auch Wieland als Gaugeschäftsführer auf dem Gau-tag gewählt, während die verbleibenden drei Beisitzer vom Vorort Riel zu wählen sind.

Der Punkt „Verschiedenes“ brachte noch eine längere Mitarbeiterdebatte. Alle Redner betonten das Unselbische der jetzigen Situation, wo ein Teil feiert, der andre arbeitet. Strenge Maßnahmen wurden gefordert, konnten aber nach Lage der Dinge nicht gegeben werden. Ein Redner wünschte, daß der 1. Mai im Tarif verankert würde als Feiertag ohne Bezahlung, das müsse zu erreichen sein. Festgestellt wurde, daß die Buchdrucker prozentual am stärksten noch die Mitarbeiter durch Arbeitsruhe begehren. Wo irgend zugänglich, sollte auch in Zukunft der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden. Damit waren die Verhandlungen am Ende angelangt. Der Vorsteher konstatierte, daß gute Arbeit geleistet sei, und sprach die Hoffnung aus, daß die Beschäftigten und Beratungen zum Nutzen der Gesamtmitgliedschaft ausschlagen möchten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde der Gaultag hierauf um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß nach Schluß der Tagung am Sonnabendabend von der Mitgliedschaft Neumünster ein gemüthliches Beisammensein arrangiert wurde, wofür die Delegierten, Gäste und Neumünsteraner Kollegen noch einige Stunden im frohen Gedankenaustausch vereinte. Musik, Tanz und humoristische Vorträge trugen ferner zum Gelingen bei.

K i e l. P a u l L o r e n z e n.

Christliche Agitationsflügen

Im Kampf ums Dasein, im Kampf ums tägliche Brot wie im politischen Kampf muß jeder seinen Mann stellen, will er nicht unterliegen. Das ist so des Menschen Lebensaufgabe, und eine zwingende zugleich. Dem einen mag die Arbeit als solche schon den Lebenszweck erfüllen, der andre steht auf vorgeschobenem Posten und muß als Streiter für seine Kameraden, für seine Kollegen mitstreifen und mitfechten. Auch das ist richtig. Wenn es nicht so wäre, wo gäbe es dann z. B. Gewerkschaften, Tarifverträge, Betriebsräte usw. Der Gewerkschafter, wenigstens der freie Gewerkschafter, weiß, daß er bei Lohnkämpfen, bei Neuregulierung der tarifvertraglichen Verhältnisse seine Interessen bei seinen Verbandsfunktionären gut aufgehoben findet. Und weil die Arbeiterinteressen in konsequenter Weise in den freien Gewerkschaften gehet und gepflegt werden, darum sind sie so groß, so stark, so mächtig. Darum werden sie von den Gegnern, vom Kapitalisten und nicht zuletzt von der christlichen Gewerkschaft bekämpft.

Die Befehdung nimmt zuweilen Formen an, die die Grenzen des Anstandes verlassen. Im politischen, ja im

Wahlkampf ist es wohl erklärlich und begreiflich, daß im Eifer des Gefechts Heißsporne aneinandergereißen. Im gewerkschaftlichen Kampf sollte das vermieden werden. Doch haben die Herren von der andern Fakultät auch andre Auffassungen über Disziplin und Achtung den andern Menschen, dem andern Arbeitstollegen gegenüber. Und, das ist das Eigenartige, je größer die Organisation auf christlicher Seite ist, desto kleiner ist der Kampfesmut; ist die christliche Organisation aber klein, so klein, daß man sie mit dem Mikroskop nur in tausendfacher Vergrößerung entdecken kann, dann steigt der Kampfesmut, dann schwellen die Krampfadern zum Vorschein, denen nur stinkende Ägung entströmt. Eine solche Organisation ist der „christliche“ Gutenbergbund. Im großen Deutschen Reich ist dieser Bund mit dem bloßen Auge kaum wahrnehmbar, nur in Gegenden, wo die andern christlichen Gewerkschaften angeblich zahlenmäßig stärker sind, macht diese Miniaturorganisation von sich reden, dann läßt sie mit.

Das ist auch in Münster der Fall. Dort ist die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht so stark wie die der christlichen. Ob das im großen und ganzen zutrifft, soll hier nicht erörtert werden. Bestimmt trifft das aber nicht zu im Buchdruckerberuf; hier dominiert der Verband der Deutschen Buchdrucker ganz bedeutend. Die Zahlen an und für sich spielen keine Rolle. Der Gutenbergbund behauptet, im Ortsverein Münster 45 Mitglieder zu haben. Das ist schon von vornherein eine Irreführung, denn man muß wissen, daß dieser Ortsverein sich bis nach Dülmen hinzieht und vielleicht noch andre „benachbarte“ Orte „eingemeindet“. Der Ortsverein Münster im Verbands der Deutschen Buchdrucker zählt über 300 Mitglieder und hat im Bezirk die Zahl 400 überschritten.

Mit welchen Mitteln nun dieser kleine Cernegroß, Gutenbergbund genannt, dazu übergeht, zu versuchen, den Mitgliederbund im übrigen Deutschland in „Münster welt-zumachen“, zeigt folgender Vorgang. Alljährlich zu Ostern nimmt auch das Buchdruckergewerbe wieder Lehrlinge auf. Das ist nichts Außergewöhnliches. Außergewöhnlich ist nur, daß diese jungen Menschen, noch bevor sie die Lehrstelle betreten haben, schon Mitglieder des Gutenbergbundes geworden sind. Wie das möglich ist? Ganz einfach. Bekanntlich steht den christlichen Gewerkschaften alles zur Agitation zur Verfügung, vor allem die latsofische Geistlichkeit; wohingegen der Buchdruckerverband auf Agitation verzichtet und auch verzichten kann; denn ihm stehen im Verbands der Deutschen Buchdrucker 94 Proz. aller Buchdrucker zur Seite. Von rund 90 000 Buchdruckern überhaupt sind im Verbands: 85 000 organisiert, während die auch-organisation etwa 3300 aufweist. Was wollten diese 3000 Männchens: wohl anfangen, wenn der Verband nicht wäre; würden sie ohne den Verband wohl den einig und schließlich bestehenden Buchdrucker tarif mit den Unternehmern abgeschlossen haben, würden sie den Lohn, die Ferien, die Feiertage von Verbands wegen erhalten, selbst erkämpft haben? Wie würde es im Buchdruckergewerbe aussehen, wenn der starke Buchdruckerverband nicht wäre?

Doch der Gutenbergbund tut, als ob das alles sein Werk sei. Wenigstens in Münster nimmt er den Mund ziemlich voll, wenn er auf Mitgliederfang geht. Wir würden es Agitation nennen, wenn sie mit ehrlichen Mitteln betrieben würde. Aber diese Mittel kennt man drüben nicht. Neuerdings ist man dazu übergegangen, die Eltern der neuen zu Ostern eingestellten Lehrlinge zu besuchen und die Mutter zu bewegen (benn diese wurde nach Möglichkeit in Abwesenheit des Vaters besucht!), den Sohn im Gutenbergbund aufnehmen zu lassen, das sei die einzige in Münster maßgebende Organisation, und sei auch die christliche. Wenn das nicht hilft, was könnte sonst noch helfen? Zuvor sind aber die Lehrer in den Volksschulen bearbeitet, denn diese haben den Schülern, die die Schule verlassen und Buchdrucker werden wollen, den Aufnahmefchein für den Gutenbergbund in die Hand gegeben. Hinterdrein kam der „Herr Vorstehende“ des Gutenbergbundes, besuchte die Eltern — und schon war der Aufnahmefchein unterschrieben. Dieser Vorstehende hat eine ganz besonders „vornehme“ Art der Lehrlingswerbung. Er erzählt den Eltern der Lehrlinge, daß er in der Druckerei beschäftigt wäre, wo der Sohn in die Lehre treten soll, da wäre es doch gut, wenn er auch der christlichen Organisation beitrete, denn alle Gehilfen in der betreffenden Druckerei seien christlich organisiert und würde er für das Wohl des Sohnes besorgt sein.

Daß dieser Allerkweltstee gar nicht in dem betreffenden Betriebe beschäftigt, und doch dort überhaupt kein einziger christlich organisierter Gehilfe ist, das braucht doch dieser Vorstehende einer christlichen Organisation den Eltern der Lehrlinge nicht zu erzählen.

Doch erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Dieses Wilhelm-Busch-Wort muß auch der Agitator als wahr anerkennen. Die Väter (christlich organisierter) der so prachtwoll und zielbewußt in den Gutenbergbund aufgenommenen Jungbuchdrucker sind ganz erstaunt darüber, als sie vor ihren Söhnen erfahren mußten, daß in den betreffenden Buchdruckereien überhaupt kein einziger Gutenbergbündler zu finden war; weder ein christlicher Vertrauensmann, noch irgendein christlicher Gehilfe. Die Ausbildung der Lehrlinge liegt also in Händen der Verbandsmitglieder. Was ist das Nächstliegende? Die neuen Lehrlinge kommen zum Verbands der Deutschen Buchdrucker.

Jetzt ist Heulen und Zähneklappern in den Reihen des Gutenbergbundes. Jetzt rennt der „Herr Vorstehende“ von einer Druckerei zur andern, um sich bei den Geschäftsführern zu beschwören, und ihnen vorzuheulen, daß der III. Verband ihm die vom ihm organisierten Lehrlinge wieder weg-schnappt. O sancta simplicitas!

Das ist ein kleiner Einblick in die „Welt“ des Gutenbergbundes. Diese Methode der Lehrlingswerbung mühte eigentlich patentamtlich geschützt werden, wenn sie nicht so gemein wäre, daß sich anständige Menschen von ihr abwenden.

M ü n s t e r i. W.

D. r.

Tätigkeitsbericht eines Buchausstellers

Wenn ein Großer unter den Großen einmal feststellte, daß die besten Geister zu nichts nuge seien, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt werden, wenn nicht den Paragrafen Inhalt und Leben gegeben wird, so hat er vollkommen recht, und wir im Fachunterausstellers Brandenburg (Havel) haben uns diese Auffassung für unsere Arbeit zu eigen gemacht. Die Lehrlingsordnung, wie sie nach langen Verhandlungen endlich bindendes Gesetz wurde, gibt uns all das an, was wir durchzuführen haben. Und wir haben das alles durchgeführt und glauben, damit dem Buchdruckergewerbe (zunächst in unserm Wirkungskreis) einen guten Dienst erwiesen zu haben.

Nachdem wir zunächst alle vorhandenen Druckereien festgestellt und mit ihnen Fühlung hatten (was wirklich nicht so einfach war und viele Schreibereien verursachte), setzten wir die Termine fest, an denen die verschiedenen Prüfungen vorgenommen werden sollten. Und auch da gab es noch so manchen Widerstand zu überwinden. So wollte ein Buchdruckereibesitzer seinen Anwärter nicht zur Eignungsprüfung schicken, weil der Junge noch nie seinen Heimatort verlassen hatte, und die Eltern auf der (etwa 45 Kilometer) langen Fahrt mit der Kleinbahn vermuteten, dem Jungen könne ein Unfall zustoßen. Ein anderer Prinzipal hatte seinen Anwärter selbst geprüft, und der Arzt hatte sogar bescheinigt, daß „der... wegen Blutarmut bei ihm in Behandlung steht, zum Buchdruckerberuf aber tauglich sei...“ Um keine Präzedenzfälle zu schaffen, beschloßen wir: „Zur Eignungsprüfung muß jeder Anwärter in Brandenburg erscheinen, und teilten diesen Beschluß den betreffenden Prinzipalen mit. Und der Erfolg: 3 zur Eignungsprüfung erschienen alle Anwärter, so daß die Einheitlichkeit der Prüfung gewährleistet war. Die Eignungsprüfung erstreckte sich auf Schreiben eines Diktats (Dauer 20 Minuten), auf Lösen von fünf Rechenaufgaben (Zeit 15 Minuten) und auf eine mündliche Prüfung (je sechs Anwärter 20 Minuten). Von 19 Prüflingen hatten bei dem Diktat 1 bis 5 Fehler, 8 bis 10 Fehler, 15 bis 20 Fehler 2 und 26 Fehler ein Prüfling. Das Ergebnis war bis auf die drei zufriedenstellend. Nicht ganz so günstig war das Resultat bei den Rechenaufgaben, während die mündliche Prüfung im ganzen gut zu nennen ist. Themen der Fragestellung waren Erdkunde, Geschichte und Deutsche Reichsverfassung. Im Anschluß hieran folgte die schriftliche Unternehmung der Anwärter, für die wir einen Regierungsmedizinrat genommen hatten, und die streng nach den Vorschriften des § 7 der Lehrlingsordnung vorgenommen wurde. Der Arzt erhob gegen zwei Anwärter Bedenken, denen wir uns nicht verschließen konnten, weshalb wir diesen beiden Jungen sagten, daß sie für den Buchdruckerberuf nicht in Frage kämen, da auch Deutsch, Rechnen und mündliche Prüfung bei beiden nicht genügend war. Deutlich zeigte sich uns hier der Nutzen der Eignungsprüfung, wurden doch dadurch Untaugliche von vornherein ausgeschaltet, wodurch den davon Betroffenen viel mehr Zeit erspart blieb, als wenn die Untauglichkeit erst nach joundso viel Wochen oder Monaten festgestellt worden wäre.

Die Zwischenprüfung. Auch diese wurde nach den in der Lehrlingsordnung festgelegten Linien vorgenommen. Nachmittags waren die 11 Lehrlinge in verschiedenen Druckereien praktisch tätig, um glatten Sach zu sehen. Hierbei gleich eine Bemerkung: Was Qualität und Quantität des gelieferten glatten Saches anbelangt, so ist es damit nicht zum besten bestellt (was im Zeitalter der Sechsmaschine niemand wundern mag). Hier ist also noch so mancherlei nachzuholen, denn über einen guten Griff geht bekanntlich nichts, und den erwidert sich jeder am ehesten beim Sehen von glattem Sach. Die Druckerlehrlinge richteten kleinere Formen zu und zeigten sich schon von einer ganz annehmbaren Seite. — Am Nachmittag war dann die theoretische Prüfung, bestehend aus dem Schreiben eines Diktats (Dauer 20 Minuten), der Beantwortung von 11 schriftlich gestellten Fragen (Zeit 20 Minuten) und dem Ausschreiben der verschiedensten Formen. — Das Diktat wurde sehr schlecht geschrieben; waren doch nur zwei von 11 Lehrlingen, die 1 bis 5 Fehler gemacht hatten. 8 bis 10 Fehler hatten vier, 11 bis 15 Fehler wieder vier, und 27 Fehler hatte ein Lehrling. Durch dieses Diktat wurde deutlich aufgezeigt, was während der bisherigen Lehre arg vernachlässigt wurde und was doch eigentlich Grundbedingung für das Buchdruckergewerbe ist: Kenntnis der Rechtschreibung. Na, noch haben die meisten der Prüflinge zwei Jahre Lehrzeit vor sich, in denen sie all das nachholen wollen, was bisher veräumt wurde.

Die Gehilfenprüfung. Zur Prüfung hatten sich 19 Lehrlinge gemeldet, die auch sämtlich zugelassen worden

waren. Auf zwei Tage waren die Prüflinge verteilt, um eine ordnungsgemäße Durchführung zu gewährleisten. An jedem Tage vormittags wurde in einigen Brandenburger Druckerien die praktische Arbeit hergestellt. Es waren zu sehen ein Inserat und entweder ein Briefbogen oder ein Buchhändlerprospekt. Den Gedanken des werbewirksamen Inserats haben von 12 Sehern nur zwei erfasst und danach das Inserat gestaltet, während die übrigen 10 eine große Zeile und alles übrige aus Fett und Borgis hintereinander ohne jede Auszeichnung setzten. Solche Inserate liest niemand, und der eigentliche Zweck des Inserats wird dadurch nicht erfüllt. Woran das Verlagen der übergroßen Zahl der Seher bei dieser einfachen Aufgabe wohl liegen mag? Wir vermuten wohl nicht falsch, wenn in den meisten Fällen der Lehrling nicht vom Einfachen zum Schweren angeleitet wird und ganz besonders Inseratenjah als etwas Nebenwichtiges betrachtet wird. Solche Auffassung rächt sich bitter. Die Briefbogen und Buchhändlerprospekte waren besser, ein Zeichen dafür, daß alle mit diesen Arbeiten sich mehr beschäftigt hatten. Die Druckerlehrlinge hatten eine Schnellpressenform mit einigen Klischees zum Grund auf zurichten. Diese Aufgabe erfüllten einige sehr gut.

Nachmittags war an beiden Tagen die theoretische Prüfung. Auch hier zunächst das Schreiben eines Diktats, und dann mußte jeder Lehrling eine halbe Stunde lang Rede und Antwort stehen, was er vom Buchdruckgewerbe alles weiß. — Das Ergebnis des Diktats ist geradezu niederschmetternd, wenn man bedenkt, daß diese Lehrlinge nunmehr Gehilfen werden und ihr Brot verdienen sollen. Nur drei Lehrlinge hatten bis 10 Fehler, 14 zwischen 11 und 20 Fehler, und zwei Diktate (von Druckerlehrlingen) waren völlig ungenügend, da fast jedes zweite Wort falsch geschrieben war. Das Wort Bouillon war von allen 19 falsch geschrieben worden, für Fritasse war zu lesen Früh-lasse, Brietasse, Frielasse usw. Es zeigte sich auch hier wieder, daß diesem wichtigen Zweig herzlich wenig Beachtung geschenkt wurde, erklärte uns doch ein Lehrling, er hätte geglaubt, für ihn komme so etwas nicht in Betracht. Na, den Zahn haben wir ja schnell gezogen. (In dem Frage- und Antwortspiel ergab sich weiterhin eine Unkenntnis in der Unterscheidung der Klischeesarten, die bei uns lebhaftes Bestreben auslöste. Wenn z. B. ein Druckerlehrling am Vormittag eine Form mit Klischees zurichtet und am Nachmittage nicht mal die Klischees kennen kann, so wußten wir wirklich nicht, was wir dazu sagen sollten. Und die das nicht wußten, waren nicht etwa aus den kleinsten Orten mit nur einer Druckerei, ganz im Gegenteil. Solche Feststellung muß denn aber doch zu denken geben.

Jedenfalls kann zusammenfassend gesagt werden, wenn die ersten Hindernisse weggeräumt sind, die hier und da noch aus Unkenntnis der Dinge der Durchführung der Lehrlingsordnung entgegengestellt werden, dann werden auch die Bestimmten feststellen müssen, daß die Schaffung der Lehrlingsordnung nur ein ganz erhebliches Plus für die Ausbildung des Nachwuchses im Buchdruckgewerbe bedeuten kann!

Brandenburg a. d. H.

Erich Schulz.

Bedeutung der Staatsausgaben

Die Auseinandersetzung über den Ausgleich des deutschen Staatsbudgets bezog sich zuerst auf die Steuern. Um das Defizit im Staatshaushalt zu decken, sollten bestimmte Steuern (Bier-, Vermögens-, Erbschaftsteuer) erhöht werden, Pläne, die auf verschiedenen Seiten auf heftigen Widerstand stießen. Da über die Steuererhöhungen keine Einigung erzielt werden konnte, beschloß man, die Sache am andern Ende anzufassen: um die geplante Erhöhung der Steuern zu vermeiden, beschloß man die Staatsausgaben in dem engen Rahmen des Möglichen — die meisten Staatsausgaben sind festgelegt und können nicht abgeändert werden — einzuschränken. So erhob sich an Stelle der Steuerfrage das Problem der Staatsausgaben.

Man pflegt in der öffentlichen Diskussion über den Staatshaushalt gewöhnlich nur die Beschaffung der Staatseinnahmen in den Vordergrund zu stellen. Es ist in der Tat für die Einkommensverteilung eine außerordentlich wichtige Frage, ob man mit den Steuern die breiten Massen oder den Besitz belastet; aus der Lastenverteilung gehen wichtige volkswirtschaftliche und soziale Veränderungen hervor. Das deutsche Steuersystem ist z. B. überwiegend auf Massensteuern aufgebaut, die die Lebenshaltung der großen Verbrauchermassen der Arbeitnehmer beeinträchtigen. Nebenbei sei erwähnt, daß z. B. in England im jetzt abgelaufenen Finanzjahr die Erbschaftsteuer allein 1,6 Milliarden Mark brachte, wogegen der Ertrag dieser Steuer in Deutschland außerordentlich geringfügig ist: sie brachte kaum 70 Millionen Mark. Dennoch sträubt sich die besitzende Klasse gegen die Erhöhung dieser Steuer. Die Einkommensteuer brachte in England bei einem außerordentlich hohen steuerfreien Existenzminimum 4% Milliarden Mark.

Nun gehen aber von der Art, wie die Staatseinnahmen verwendet werden, d. h. von den Staatsausgaben, nicht weniger wichtige wirtschaftliche und soziale Wirkungen aus, als von der Art der Einnahmehbeschaffung für öffentliche Zwecke. Welche Staatsausgaben getroffen werden, ist keineswegs weniger bedeutungsvoll als die Frage, welche Steuern erhöht oder nicht erhöht werden. In den Kreisen der Besizenden pflegt man diese Frage gewöhnlich zu verweisen, während in andern Kreisen das Verständnis gerade

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



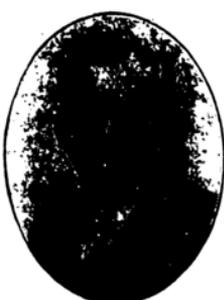
Gustav Voigt in Berlin

Eingetreten: 27. April 1879 — Jetzt Invalide



Franz Ebert in Berlin

Eingetreten am 27. April 1879
Jetzt Invalide



Ernst Gläsel in Berlin

Eingetreten: 27. April 1879
Jetzt Invalide



Ernst Kätter in Berlin

Eingetreten: 27. April 1879
Ulstein K.-G. in Berlin



Oskar Besschau in Berlin

Eingetreten: 27. April 1879
Gempel & Co. in Berlin



Richard Liebrecht in Berlin

Eingetreten: 28. April 1879
Preuß. Druckerz. u. Verlags-K.-G.



August Barr in Elbenburg

Eingetreten: 27. April 1879
Jetzt Invalide



Hugo Ledwoin in Breslau

Eingetreten: 28. April 1879
Druckerei Hofstedt in Breslau



Paul Peters in Neustrelitz

Eingetreten: 28. April 1879
„Landeszeitung“ in Neustrelitz

für diesen wichtigen Punkt bisher nicht genügend gewertet war. Häufig stößt man auf die Behauptung je geringer die Staatsausgaben, um so besser. Die Staatsausgaben bedeuten die öffentliche Verwendung von Mitteln, die sonst nach freiem Ermessen der Einkommensbesitzer verwendet würden, und es wird unterstellt, daß die private Verwendung der Einkommen stets nützlicher und wirtschaftlicher sei als die Verwendung dieser Mittel durch die öffentliche Hand.

Die Steuern entziehen Kaufkraft von den Steuerzahlern. Die Staatsausgaben leiten Kaufkraft den Empfängern von Staatsmitteln zu, d. h. es erfolgt eine Kaufkraftübertragung. Es ist nun die Frage, wie sich diese Kaufkraftübertragung wirtschaftlich und sozial auswirkt. Um diese Frage zu beurteilen, muß man den richtigen Maßstab finden. Die alte Behauptung, daß der größte Teil der Privateausgaben, die von der Steuer betroffen werden, „produktiv“, dagegen die öffentlichen Ausgaben, für deren Deckung die Steuern bezahlt werden, „unproduktiv“ seien, ist ein Märchen. Staatsausgaben können ebenso produktiv und unproduktiv sein wie Privateausgaben, je nachdem wie sie verwendet werden. Mit Recht spottet der englische Finanzwissenschaftler Hugh Dalton (in seinem vorzüglichen Buch „Einführung in die Finanzwissenschaft“, Verlag Julius Springer, Berlin 1926) über die Leitartikel zweier Zeitungen vom selben Tag, von welchen der eine die Regierung wegen der hohen Beamtengehälter angriff, während der andre mit einer Sehnsucht nach der guten alten Zeit vor dem Kriege ruft, als noch während der sechs Tage des Pferderennens die Damen sechs neue Toiletten trugen, bei den jetzigen aber nur vier. „Einsparitäten“, sagt Dalton, „ist gewiß ein sehr beliebtes Wort, aber es sollte auf private Ausschweifungen nicht weniger als auf öffentliche angewandt werden. Es ist nicht weise, die Staatsausgaben zu beschneiden, nur aus dem Grunde, damit die Einzelhaushalte mehr ausgeben können, als sie brauchen.“ Deshalb meint Dalton, daß die Kontrolle der Ausgaben der Einzelwirtschaften gerade so notwendig sei als die der Ausgaben der öffentlichen Hand.

Nun kommt es bei der Beurteilung der Staatsausgaben nicht allein darauf an, daß Luxusausgaben der Reichen auf dem Wege der Besteuerung gedrosselt und die solcherart freigelegten Kapitalien öffentlichen Zwecken zugeführt werden. Worauf es ankommt, ist einmal, sich klare Begriffe über die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaft im modernen Staat zu verschaffen, zum andern aber darüber, wie jene Aufgaben mit dem größten gesellschaftlichen Nutzen erfüllt werden können. Unter gesellschaftlichem Nutzen, anders ausgedrückt, unter Steigerung der Volkswohlfahrt, müssen wir wieder verstehen: Entfaltung der Produktivkräfte, damit auf den Kopf der Bevölkerung eine größere Produktmenge, mit geringeren Kosten erzeugt, entfällt, bessere Verteilung des Sozialprodukts, d. h. eine Verringerung der großen Ungleichheiten zwischen den Einkommen der einzelnen Einkommenbesitzer wie die Verringerung der großen Verschiedenheiten des Einkommens einer Person zu verschiedenen Zeitpunkten seines Lebens. Es fragt sich, inwiefern die Staatsausgaben diesen Zwecken dienen, und zwar besser dienen, als wenn die entsprechenden Ausgaben von den Privaten geleistet würden. Fragen, die man auch für die privatkapitalistische Wirtschaft stellen muß; es versteht sich, daß in einem sozialistischen Staateswesen der Umkreis der Staatsausgaben erheblich größer wäre, da er sich auch auf die Führung der Produktion erstrecken würde.

Von den Aufgaben, die der Staat für die allgemeine Verwaltung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit hat, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu sprechen. Es versteht sich von selbst, daß der Staat den Beamten, die er zu diesen Zwecken beschäftigt, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern verpflichtet ist, im übrigen auch unter dem Gesichtspunkt der Ausgeglichenheit der großen Einkommensunterstützung. Doch gehen die Aufgaben des Staates weit darüber hinaus. Der Staat muß die Produktionsgrundlagen schaffen, durch Ausbau der Verkehrswege, Errichtung von Verkehrsmitteln, Lieferung billiger Elektrizitätskraft usw. die Produktivkräfte der ganzen Volkswirtschaft fördern, Aufgaben, die von der Privatwirtschaft überhaupt nicht erfüllt werden können (in dieses Kapitel gehört auch die produktive Erwerbslosensfürsorge). Die Aufgaben des Staates für das Schulwesen sind wohl anerkannt, doch nicht in gebührenderem Umfang. Das Bildungsgut muß einem jeden zugänglich gemacht werden, der die nötige Befähigung besitzt, unabhängig von der Kaufkraft des einzelnen. Dieses Prinzip müßte z. B. auch bei den Hochschulen durchgeföhrt werden. Die Hochschulen werden zwar aus Staatsmitteln, d. h. überwiegend aus Massensteuern erhalten, besuchen können sie aber nur Studenten, deren Eltern die nötige Kaufkraft haben. Es wäre eine wichtige Staatsaufgabe, das Hochschulstudium auch den Unbemittelten zugänglich zu machen, wobei freilich eine Auswahl der zum Studium Zugelassenen; auch in der Klasse der Besizenden vorgenommen werden müßte. — Daß die Privatwirtschaft bei dem für die Volksgesundheit so außerordentlich wichtigen Wohnungsbaue verfaßt hat und die Wohnbautätigkeit daher eine wichtige öffentliche Aufgabe ist, kann heute nicht mehr bestritten werden. Die wichtigsten Aufgaben für den Staat ergeben sich aber aus einer richtigen Bewirtschaftung des wertvollsten Gutes, das er hat: der menschlichen Arbeitskraft. Daß hier die sogenannte

freie Marktwirtschaft verfaßt, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Wie Gerhard Colm in seinem Buch: „Wirtschaftspolitische Theorie der Staatsausgaben“ treffend ausführt, konnte die Marktwirtschaft aus sich heraus keine volle Sicherung gegen den Raubbau mit der Arbeitskraft schaffen. Der Preismechanismus der freien Marktwirtschaft verlagert dort, wo den Arbeitern ein angemessener Lebensunterhalt in allen ihren Lebenslagen gesichert werden soll. Volle Sicherung verfaßt die Marktwirtschaft, wenn die Unternehmer ihre Beschäftigung im Laufe der Wertschöpfungen der Konjunktur verlieren. Nach der Bemerkung von Colm müßte die Erwerbslosen nach den „Gesetzen der klassischen Theorie der Nationalökonomie“ verhungern. Die sozialpolitischen Ausgaben müssen nun den Schutz für die Arbeitskraft ersetzen, der ihr in der privatkapitalistischen Wirtschaft vorenthalten ist.

Niemand wird heute den Wunsch so mancher Unternehmer, die zwangsläufige Sozialversicherung abzuschaffen oder einzuschränken und die Arbeiter für den Fall von Invalidität oder Alter auf ihre eigenen, von den Löhnen abgsparteten Rücklagen zu verweisen, ernst nehmen. Wenn das mit der „Freiheit“ der Einkommensverwendung begründet wird, mit der Forderung, daß jeder frei über die Verwendung seines Einkommens zu bestimmen hat, so zeigt diese Begründung nur, wie brüchig dieser Freiheitsbegriff in der modernen kapitalistischen Wirtschaft geworden ist.

Freilich gibt es Staatsausgaben, die in unferm Sinne überflüssig, ja schädlich sind, Staatsausgaben, die weder der Produktivkraft des Landes noch einer Verbesserung der Einkommensverteilung und dem Schutz der Arbeitskraft dienen, deren Streichung demnach erforderlich wäre. Panzerkreuzer und ähnliche Rüstungsausgaben, unnötige Subventionen an Einzelunternehmungen oder der bestehenden Klassen, die diesen Sonderinteressen ohne Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität verschaffen, müßten unterbleiben. Aber die Streichungen im Staatshaushalt wurde nun zwischen den Parteien eine Einigung erzielt. Wägen bei der Beurteilung dieser Einigung politisch-faktische Überlegungen eine große Rolle spielen, die grundsätzliche Kritik muß sich nach den hier entwickelten Gesichtspunkten richten: nicht der Streichung von Staatsausgaben an sich, allein der Streichung von wirtschaftlich und sozial unproduktiven Ausgaben kann zugestimmt werden. A. S.

Warum Sozialversicherung?

Unter der Führung Hugenberg's hat das reaktionäre Unternehmertum einen Frontalangriff gegen das Kernstück der Sozialpolitik, die Sozialversicherung, unternommen. In der rechtsstehenden bürgerlichen Presse wimmelt es von Artikeln, Spitzeln und Notizen gegen die Sozialversicherung. Die rechtsstehenden Buchhandlungen machen für Bücher und Broschüren, die gegen die Sozialversicherung hegen und naive Menschen mit dem Phantom einer Zwangs-sozialparafasse zu tödern versuchen, marxistische Reflake. Wer sich diese Fehlliteratur etwas genauer ansieht, erkennt schnell, daß der ganze Feldzug der Hugenbergianer gegen die Sozialversicherung nichts anderes ist als eine Spekulation auf die Dummheit; denn die Argumente sind von erschreckender Geisteslosigkeit und Oberflächlichkeit, und nicht ein einziger neuer Gedanke ist bei den Gegnern der Sozialversicherung zu entdecken. Was sie vorbringen, ist schon vor 40 Jahren, als die Sozialversicherung geschaffen wurde, von den Gegnern gesagt worden. Aber alles Dumme ist ja bekanntlich langlebig; vieles sogar unsterblich.

Die Sparapostel, die dem Arbeiter vormachen, er könne, wenn er keine sozialen Beiträge zu zahlen brauche, sondern das Geld dafür in eine Sparfasse lege, im Laufe eines Menschengenusses zu Wohlstand und Vermögen kommen, haben von der Bedeutung und den Leistungen der Sozialversicherung keinen blauen Schimmer. Die Problemformel lautet nicht: „Versicherung oder Sparen“, sondern „Sparen und Versicherung“. Die Sozialversicherung ist kein Feind des Sparfusses, wie die Sparfassenanlagen der Vor- und Nachkriegszeit bewiesen. Aber die soziale Sparquote vermag mehr als das bloße Sparen des einzelnen. Die Sparquote bemißt sich nach dem Urteil der besten Sachkenner des Problems nach dem durchschnittlichen Risiko, das der Arbeiter und seine Familie läuft, und gleicht dann den Unterschied im Bedarf aus. Wer diese Gegenfeitigkeit preisgibt und nur für sich selbst sparen will, gerät an die Armenpflege, wenn er oft oder lange krank wird, wenn er keine Arbeit findet oder vorgeitig Invalide wird. Das gleiche Schicksal erleiden seine Hinterbliebenen. Die Forderung: „Sparen statt versichern!“ zerschneidet die Wurzel der Solidarität, ohne die auch eine private Versicherung nicht existieren kann.

Auch in der Sozialversicherung kommen selbstverständlich Mißbräuche vor. Simulantentum und Rentenjagd hängen nicht nur an der Sozialversicherung, sondern an allen ähnlichen Einrichtungen, auch an den Privatversicherungen. Mit dem Hinweis auf Mißbräuche ist gegen den Wert und die Bedeutung der Sozialversicherung gar nichts bewiesen. Die Feinde der Sozialpolitikversicherung sprechen stets vom Überfluß in der Sozialversicherung. Die Frage, wo das Maß aufhört und das Übermaß beginnt, ist aber so alt wie die Versicherung selbst. Unter den unmittelbar Beteiligten wird eine Verständigung über Maß und Übermaß kaum zu erreichen sein. Die Leute, die so viel vom Übermaß reden, verraten damit nur, daß sie überhaupt keine Sozial-

versicherung wollen. Ihre Hinweise auf die Soziallasten anderer Länder sind zwecklos; denn internationale Vergleiche der sozialen Ausgaben sind mehr problematischer Natur. Ist schon eine internationale Lohnstatistik eine sehr schwierige und kitzlige Sache, so sind bei internationalen Vergleichen über die Sozialversicherungsausgaben die unvermeidlichen Fehler noch viel störender und zahlreicher. Daher ist ja auch bis heute noch keine Verständigung über die Methode für die internationale Ermittlung sozialer Aufwendungen erzielt worden, wie sie das Internationale Arbeitsamt auf einen Antrag der englischen Regierung zu suchen bemüht ist. Selbst in England beträgt übrigens der Durchschnitt der sozialen Ausgaben in den Jahren 1926/27 das Sechsfache der Vorkriegsausgaben. Die Verhältnisse liegen heute ungünstiger als vor dem Kriege. Der Wittglieberbestand hat sich von den jüngeren nach den älteren Jahrgängen verschoben, und der besseren Altersmischung steht einsteifen der Geburtenausfall im Krieg und der allgemeine Geburtenrückgang entgegen. Der Krieg hat gerade die Altersklassen dezimiert, von denen die Krankenkassen einen günstigen Ausgleich ihres Risikos erwarten dürfen. Höhere Krankenziffern und höherer Beitragsfuß sind zum großen Teil Kriegs- und Inflationsfolgen. In Deutschland wird im Durchschnitt jeder zweite Arbeiter einmal im Jahr für 24 Tage krank und arbeitsunfähig. Am höchsten ist die Krankheitsgefahr im Bergbau und in der Schwerindustrie, am geringsten in der Landwirtschaft. Im Jahre 1927 wurden insgesamt 1,3 Millionen Arbeitsunfälle und 4300 Berufskrankheiten für die Entschädigung angemeldet. Jährlich verlieren durch Unfälle etwa 6000 Frauen den Mann und 7000 Kinder den Vater. Die Invalidenversicherung versorgt 1 850 000 Invaliden, 340 000 Witwen und 780 000 Waisen. Das ist dreimal soviel als vor dem Kriege. Die starke Steigerung ist eine Folge des Krieges, des früheren Eintritts der Invalidität, der Rationalisierung und der Spannung auf dem Arbeitsmarkt. Wer glaubt, gegenüber diesen Erscheinungen mit einer Sozialparafasse etwas austrichten zu können, ist ein Narr.

Die Inspiratoren der Hege gegen die Sozialversicherung sind keine solche Narren. Sie wissen Bescheid, aber sie brauchen die Hege gegen die Sozialversicherung, denn sie verfolgen damit ihre besonderen Ziele. Es geht ihnen, wie unlängst der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Larnow, auf einer WGB-Konferenz in Neustadt (Pfalz) betont hat, nicht nur um die finanzielle Belastung, sondern vor allem um die Konsequenzen der Erkenntnis, daß das Vordringen der gesellschaftlichen Idee, der gewerkschaftlichen Macht und der Sozialpolitik an den Lebensnerd des kapitalistischen Systems rühren. Spd.

Korrespondenzen

Berlin. Die Generalversammlung der Frauenkerbekasse der Berliner Buchdrucker fand am 4. April im Konferenzzimmer der Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den ersten Kurator, Herrn Guido Baumann, der seine Freude über den zahlreichen Besuch ausbrachte, erstattete der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe Bericht über die Jahre 1927 und 1928. Das Jahr 1928 hatte eine Wittglieberzahl von 4760 zu verzeichnen. Im Laufe des Jahres gingen 59 Frauen bzw. Witwen durch Tod ab, und 131 Mitglieder mußten wegen Restierens gestrichen werden. Der Rückgang im Jahre 1927 betrug 189. Im Jahre 1928 starben 64 Ehefrauen bzw. Witwen. Am Schluß des Jahres verlebten 4606 Wittglieber. Die Zahl der Mitglieder ist demnach um 35 gestiegen. Im Jahre 1927 bezahlten 310 Invaliden bzw. Witwen über 60 Jahre eine Umlage von 25 Pf. und im Jahre 1928 324, so daß im Jahre 1927 4261 und im Jahre 1928 4282 Wittglieber vorhanden waren. Am Schluß des Jahres 1928 war ein Kasienbestand von 1438,64 M. vorhanden. Die Einnahme betrug 18765,50 M., die Gesamteinnahme 20 199,14 M. Dieser Einnahme stand eine Ausgabe von 19 341,44 M. gegenüber, so daß am Schluß des Jahres 1927 ein Bestand von 857,70 M. verblieb. Die Einnahmen im Jahre 1928 ergaben 21 048,50 M., so daß zur Verteilung der Beitrag von 21 906,20 M. vorhanden war. Für Sterbegeld und Verwaltungskosten wurden 19 344,44 M. gezahlt, hiernach betrug der Bestand am 31. Dezember 1928 2 561,76 M. Im Jahre 1927 verstarb die jüngste Ehefrau in einem Alter von 28 Jahren, die älteste in einem Alter von 92 Jahren. Im Jahre 1928 starb die jüngste Ehefrau mit 25 Jahren im Wochenbett, und die älteste erreichte ein Alter von 90 Jahren. Die Todesursachen waren zur Hälfte Herzleiden, ein Viertel Krebsleiden, und das letzte Viertel verteilte sich auf andre Krankheiten. Im Jahre 1927 mußten bei 59 Todesfällen neun Einmalungen und im Jahre 1928 bei 64 Todesfällen zehn Einmalungen vorgenommen werden. Der Beitrag im Jahre 1927 betrug demnach 4,50 M. und im Jahre 1928 5 M. Beim Todesfall der Ehefrau wurde ein Sterbegeld von 300 M. gezahlt. Die Revisoren bekräftigten die ordnungsmäßige Geschäftsführung, worauf dem Kuratorium Entlastung erteilt wurde. Von einem Schreiben des Finanzamts Börsen wurde Kenntnis genommen. Ein Einspruch gegen die Nichtausübung des Sterbegeldes in einem Falle wurde einstimmig zurückgewiesen. Dem Antrage eines Mitgliedes um Einlegung in seine alten Rechte bei Nachzahlung von 16 Umlagen wurde stattgegeben. An der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Wittglieber der Frauenkerbekasse in den Betrieben und Gewerkschaftsvereinigungen mehr Werberarbeit für den Eintritt neuer Wittglieber leisten sollten. Die Frauenkerbekasse sei eine der billigsten Kasien. Die Verwaltungskosten betragen für die beiden Kassierer 250 M. im Jahr, hierzu kommen noch einige Portoausgaben, so daß der übrige gesamte Einzahlungsbetrag stets zur Verteilung gelangt.

Böhm. Am 24. März fand hier unsere erste diesjährige Beiratssitzung statt. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden und mit Beifall aufgenommenen Liebesworten des Gelangvereins, „Einheit-Gutenberg“ wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nach einigen gefälligen Mitteilungen wurden die bekannten Solinger Vorträge besprochen und einer scharfen Kritik unterzogen und besonders das Verhalten der Geschäftsleitung getadelt, der es in Verfolg ihrer Mostauer Ziele nicht darauf ankam, langjährige Betriebsangehörige auf die Straße zu werfen. Der gedruckt vorliegende Kasienbericht vom vierten Vierteljahr 1928 fand durch Entlastung des Kassierers einstimmige Annahme. Der Bezirksbeitrag wurde auf Vorschlag des Vorstandes in der bisherigen Höhe belassen. Der Wahl einer Kommission für Ausarbeitung von Anträgen zum Verbandsrat folgte die Aufstellung der Kandidaten auf diesem. Neben dem Bezirksvorsitzenden wurde Kollege Kölle (Dortmund) nominiert. Sodann gab Bezirksvorsitzender Wenzel einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Köln und erläuterte die Stellungnahme der Bezirksvorsteher zu dem letzten Lohnabkommen. Eine Aussprache zu diesem Punkt erfolgte nicht. Die Erledigung einiger bezirklicher Angelegenheiten beschloß die Versammlung.

Go. Bremen. (Situationsbericht.) Wie in den Schiffahrts-, Eisen- und andern Industrien macht sich gleichfalls im Buchdruck- und Zeitungsgerwerbe zur Geltung hoher Profite und Gewinnraten neben der eigentlichen Rationalisierung eine Konzentration und Fusionbewegung bemerkbar. Die härteste Belastung der Arbeiter bedeutet. So hat auch kürzlich Bremen ein Zusammenlegen zweier großer Tageszeitungen vor sich gehen sehen. Die „Weser-Zeitung“ und die „Bremer Nachrichten“ erscheinen jetzt im gemeinsamen Verlage von Karl Schünemann. Beide Zeitungen sind als beherrschende Organe des bremischen Lokalggebietes sowohl als der nordwestdeutschen Interessen für Handel, Schiffahrt und Industrie anzusehen. Da die „Weser-Zeitung“ bis vor ein paar Jahren schon im Verlage Schünemann erschienen war, dann aber in die Hände anderer politischer Interessengruppen überging, hatte sich das Bestreben genannten Verlags länger darauf konzentriert, die „Weser-Zeitung“ wieder dem alten Verlage einzugliedern. Oft war das Gerücht aufgetaucht, indes hatten widerstreitende Interessen den Plan nie ganz reifen lassen, bis am 16. Februar beide Zeitungen an der Spitze des lokalen Teils folgende Bekanntmachung brachten: „Mit dem 15. Februar ging die Aktienmehrheit der „Weser-Zeitung“-Aktiengesellschaft in den Besitz der Firma Karl Schünemann über. Damit kehrt die „Weser-Zeitung“ nach elfjähriger Trennung in ihr Stammhaus zurück. Sie wird — ihrer Tradition entsprechend — als unabhängiges, großes politisches Wirtschaftsorgan fortgeführt, das im Reich und im Ausland die bremischen und nordwestdeutschen Belange vertritt und den Interessen von Handel, Schiffahrt und Industrie dienen soll.“ Damit ist zweifellos der Verlage Schünemann in die Reihe der großen Zeitungszentralen Nordwestdeutschlands ausgerückt. Die Beweggründe dieser Fusion sind, neben einer gewissen Familientradition (sokal geblieben) selbstverständlich geschäftlicher Art. Unter Benützung des Glanzes der „Weser-Zeitung“ hatte sich in diesem Betriebe eine gute Holzdruckerei entwickelt, die ansehnliche Aufträge hereinholte. Großfirmen, die mehr nach rechts neigten, gaben vielfach aus Antipathie gegen die immerhin etwas demokratisch gebliebenen „Nachrichten“ ihre Aufträge der „Weser-Zeitung“. Hinzu kam, daß die Druckerei, um Kundenschaft zu finden und zu festeln, mit Preisen operierte, die die Rentabilität gefährdeten. Diese Konkurrenz zu besitzigen, war das Ziel Schünemanns. Ein weiterer Druck und Drang zur Fusion kam aus dem Ausschussrat der „Weser-Zeitung“ hat auch die Deutsche Volkspartei am es noch galt, mit Hilfe der Rechtspresse die Vertreter der Arbeitererschaft aus den Regierungen fernzuhalten, lohnte es sich, Zeitungen zu subventionieren, die im Dienste dieses Kampfes standen. Nachdem die Beteiligung der Arbeitererschaft an der Regierung nicht mehr zu verhindern ist, verschwindet der politische Zweck aus der Zeitungspolitik der Bank- und Industrie-Aktioneure. Man blickt nur noch auf Zahlen und Bilanzen. Das Profitergebnis der „Weser-Zeitung“ war aber nicht mehr groß genug. Wie überall, geht auch hier die Fusion auf Kosten der Arbeiter. Der Betrieb umfaßte ein Personal von annähernd 200 Köpfen; die Buchdruckereibesitzer, d. h. Seker, Drucker, Stereotypen usw., war 90 Mann stark. Für den Bezirk gewiß eine harte Nuß. Da es sich um die Stilllegung eines Betriebes handelte, trat auf Grund der Stilllegungssverordnungen eine Sperre von vier Wochen in Kraft. Im Laufe dieser Zeit ist in Verbindung mit dem Demobilisierungskommissar sowie dem Gewerberat verhandelt worden, wirtschaftliche Härten soweit wie möglich zu vermeiden und die am schwersten belasteten Kollegen zu schützen. In weiteren Verhandlungen mit dem Vertreter des Zeitung übernehmenden Verleges ist es gelungen, diesem Bestreben in etwas gerecht zu werden. Abgesehen davon, daß Selbstverständlich ein Teil der Kollegen zwangsläufig mit übernommen werden mußte, war es den Organisationsvertretern möglich, das Interesse der Organisation zu wahren und für die Übernahme des größten Teiles unserer Kollegen zu wirken. Es darf auch wohl ausgesprochen werden, daß die Organisationsvertreter seitens des Vertreters des Schünemann-Verleges immerhin einiges soziales Verständnis fanden. Die Praxis nach der Übernahme und eine zu bezeichnende Auftragsanhäufung drückten es mit sich, daß nach und nach der größte Teil unserer Kollegen übernommen wurde. Freilich mußten in der Lohn- und Ferienfrage Opfer gebracht werden. Was die Fusion an wirtschaftlichen Wunden schlug, muß eine weitere Zeit und die Solidarität unserer Kollegenchaft heilen. Unser Bezirk ist, am Maßstab anderer Städte gemessen, arm an täglich erscheinenden Zeitungen. Deshalb dürfte Bremen als ein Eldorado für eine großartige neue Zeitungsgründung erscheinen. Durch die Aufhebung der Selbständigkeit der „Weser-Zeitung“ hat auch die Deutsche Volkspartei an Orte ihr Sprachorgan verloren. Man munkelt deshalb in

tundigen Kreisen auch noch Neugründungen. Was da in der Zeiten Schöpfung ruht? Vermehrte Arbeitsgelegenheit kann den Buchdruckern nur recht sein.

Danzig. Am Sonntag, dem 17. März, hielt der Buchdruckerverein der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) seine Ordentliche Hauptversammlung ab. Das äußere Merkmal derselben bildete eine sehr zahlreich besetzte Tagung der Kollegenhaft. Die beiden Uhmännlichen Chöre „Empor zum Licht“ und „Lob Joseph“, von unsern Buchdruckerjüngern zum Vortrag gebracht, leiteten die Jahreshauptversammlung wirkungsvoll ein. Mit Willkommensworten des Vorsitzenden, die vornehmlich unsern auswärtigen Kollegen und den Vertretern des Hilfsarbeiterverbandes galten, wurde Johann die Tagesordnung eröffnet. Der Aufnahme mehrerer neuangeworbener Kollegen folgte die Ansprache über den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht nebst der Jahresabrechnung für 1928. Als Druckwert in neuzeitlicher Typographie hergestellt, inhaltlich vollständig bietend, löste der Bericht eine allgemein lobende Kritik aus. Alle Redner wurden dem Wirken des Vorstandes in abgelaufenen Geschäftsjahr gerecht und hielten mit ihrer Anerkennung nicht zurück. Einmütig wurde dem Vorstand Entlastung erteilt, nachdem vorher Gauvorsitzer Töpfer auf einige Anfragen Aufschluß gegeben und zu verschiedenen Anregungen und Wünschen die Stellungnahme der Gauleitung dargelegt hatte. Wie auch in den Aufzeichnungen der Jahreschronik gebührend hervorgehoben worden ist, machte sich im Jahre 1928 im Gau Danzig ein erhöhter organisatorischer Aufschwung geltend. Zunächst war es im Frühjahr ein Lohnkampf mit acht-tägiger Streikdauer, der eine lebendige Wirkung auf die Hilfsarbeiter ausübte und erfolgreich beendet werden konnte. Dann gab es in den Pfingsttagen ein zweites und freudigeres Ereignis. Unser Gau als Nachfolger des früheren Gaues Westpreußen feierte sein sechzigjähriges Bestehen. Auch dieses Jubiläumstfest bot sich bei als sichtbarer Ausdruck des Ansehens und der Macht des Verbandes wie des Gaues und gereichte unsern Gaukollegen zu einem lange nachklingenden Erleben. Doch neben Lohnbewegung und 60-Jahre-Fest war auch auf allen andern Gebieten die Organisationsstätigkeit voll auf regsam. Nach 27 Jahren Amtszeit, davon er 22 Jahre hindurch als Kassierer wirkte, schied im Sommer des vergangenen Jahres Kollege Robert Bulla aus dem Gauverband. Seine Arbeit für die Organisation und seine Verdienste um ihre Aufwärtsentwicklung wird die Hilfsarbeiterhaftung des Gaues Danzig noch später voll zu würdigen wissen. Auch hier sei dem unermüdet tätig Gewesenen unser Dank dafür nicht vorenthalten. Bei dem Tagesordnungspunkt der Festsetzung der Entschädigung für die Vorstandsmitglieder und die Funktionäre wurden die bisherigen Vergütungen für die Verwaltung der Vorstandssämter beibehalten; lediglich die Entschädigung für die Revisoren und die Beisitzer des Danziger Tarifamtes wurde heraufgesetzt. Darauf erfolgte auf Antrag die Wiederwahl des Gauvorstandes per Affirmation, eine Ershawahl mußte für den zurücktretenden Schriftführer vorgenommen werden, der durch den Kollegen Alfred Klein ersetzt wurde. Als Gauleiter amtiert Kollege Karl Töpfer; an Stelle des Kollegen Bulla wurde bereits im Juni v. J. Kollege Wilhelm Baßler durch Wahl zum Kassierer bestellt. In gleicher Weise wurden die Rechnungsführer wiedergewählt, und ebenso wurden in die Tarifkommission mit Ausnahme eines freiwillig ausscheidenden Beisitzers, für den Kollege Emil Marquardt die Rufe ausfüllte, die bisherigen Vertreter entsandt. Ein Referat über den Verlauf und den Ausgang der deutschen Lohnbewegung, von Gauvorsitzer Töpfer gehalten, forderte den Verbandlungen in Berlin beigemacht hatte, fand so daß die volle Aufmerksamkeit der Versammlung. Der Redner schilderte in ausführlich gehaltenem Rahmen die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, ehe es zu der innerhalb der Tarifparteien selbst erzielten Verständigung kam. Weiter zog Kollege Töpfer die bevorstehenden Danziger Lohnverhandlungen in den Kreis seiner Betrachtungen. Ein Gehör der Toten des vergangenen Jahres, im besondern des verstorbenen Führers unseres Verbandes, Joseph Seig, gab der Hauptversammlung ein würdiges Schlußbild.

Elbing. Auch unsre am 23. März abgehaltene Versammlung stand unter dem Zeichen der neuerdings besonders stark hervorgetretenen Interesslosigkeit der Kollegenhaft. Vorsitzender Thiel eröffnete die Versammlung bei einer Teilnehmerzahl von 25 Kollegen und gab kurz die „Bereinsmitteilungen“ bekannt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Peter. Eine rege Debatte entstand über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Kollege Peter hat, mehr Augenmerk auf die Organisierung der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu richten. Zwei Anträge zum Verbandstag gelangten hierauf zur Annahme.

Stettin. (Wierteljahrsbericht.) Unsere Januar-Versammlung befaßte sich nur mit internen Angelegenheiten (Jahresberichte, Abrechnungen). Im Februar hörten wir einen Vortrag des Arbeitersekretärs Kollegen Kersch, über „Der Schutz des Arbeitslosen in der neuen Weisgebung“. Gerade in der Zeit rüstiger Arbeitslosigkeit war der Vortrag sehr am Platze, und der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in fesselnder Weise. Zur Bezirksversammlung im März war erfreulicherweise der Besuch vom Vortort sowie von auswärtig sehr stark. Als Redner hatten wir den Gaukassierer, Kollegen Hofe (Breslau), gewonnen, der über den bevorstehenden Verbandstag in Frankfurt a. M. sprach. Er streifte kurz die soeben begonnenen Lohnverhandlungen, um sich dann mit den wichtigsten Fragen der Verbandstagung zu befassen. Kollege Freitag richtete sodann die bisherige Anlauflosigkeit der Reichs- und Verbandswahlunterstützung, und eine diesen Unterstützungsangewei betreffende Resolution an den Verbandsvorstand sowie ein Antrag an den Verbandstag wurden abgehandelt. Die Berichte aus den Bezirksverbänden lauteten durchweg günstig; von den Bezirkskollegen wird eine öftere Zusammenkunft mit dem Vortort gewünscht. Durch Schließung des Betriebes der „Niederösterreichischen Zeitung“ und deren Verschmelzung mit den „Görlitzer Nachrichten“ ist leider wieder einigen Kollegen die Arbeits-

gelegenheit genommen worden; überhaupt steigt die Arbeitslosigkeit gegenwärtig ganz gewaltig. Es scheint also das sogenannte Notjahr 1929 auch unsern Beruf nicht verschonen zu wollen.

Reippen (Algäu). (Drucker.) Unsere Bezirksvereinigung hielt am 18. März ihre Generalversammlung ab. Der Vertreter waren von den auswärtigen Druckorten Kaufbeuren, Kronsberg und Lindenberg. Der Besuch hätte ein besserer sein dürfen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seig, und würdigte in kurzen Worten die Verdienste des Verstorbenen. Die Versammlung ehrte in üblicher Weise sein Andenken. Die Tagesordnung war ziemlich reichhaltig. Das Hauptinteresse wendete sich speziell dem Jahresbericht und Kasienbericht zu, über welche auch eine mehr als ausgiebige Diskussion einsetzte. Im Jahresbericht berührte der Vorsitzende auch das betrübliche Verhalten der Druckerkollegen in Kronsberg, die mit einer völlig unbegründeten Stellungnahme ihren Austritt aus der Vereinigung vollzogen. Ihre Stellungnahme brachte nicht nur innerhalb der Sparte viel Ärger und Verdruß und unnötige Arbeit, sondern auch der Bezirksvorstandsschaft des Verbandes. Mögen endlich diese Kollegen, die in einem abgelegenen Orte konfessionieren, ihren Weg zur Sparte und damit zum Verbandselben zurückfinden. Der Bericht des Kassierers zeigte eine erfreuliche Aufwärtsführung der Kasienverhältnisse. Dem Kassierer wurde für seine musterwürdige Kasien- und Buchführung volle Anerkennung und Entlastung zuteil. In der Diskussion über den Jahres- und Kasienbericht sprachen sich die meisten Kollegen anerkennend über die Tätigkeit der Leitung und des Kassierers aus, übten jedoch Kritik, wie manches beseitigt und verbessert werden könnte und sollte. Durch die Neuwahl, die den bisherigen Vorstand wieder an die Spitze brachte, wurde zum Ausdruck gebracht, daß man mit dem Geleisteten zufrieden war und die Hoffnung hegt, daß auch im neuen Geschäftsjahr tatkräftige Spartenarbeit vollführt werden wird. Nächstes Jahr kann unser Verein sein 25jähriges Gründungsjubiläum feiern und bis dahin mögen alle Drucker im Bezirk, die uns noch fernstehen, sich uns anschließen, um als Glied im großen Gebilde des Verbandes Kleinarbeit in der Sparte zu vollbringen. Im Anschluß an die Generalversammlung fand tags darauf, am Sonntag, dem 17. März, ein Vortrag statt, in welchem Gewerbeoberlehrer Kollege Hermann Mäuzer (München) über „Die Beschaffenheit und Gewinnung der Buchdruckfarben und deren praktische Verwendung“ sprach. Der Referent verstand es, in etwa dreiviertelstündigem Vortrag die Zuhörer zu fesseln. Seine ausgezeichneten Ausführungen wurden gelobt durch wirklich anerkennenswerte Ruhe und Aufmerksamkeit. Wohl jeder Versammlungsteilnehmer konnte für seine alltägliche Arbeit praktische Ratsanwendungen mit nach Hause nehmen. An Hand selbstgefertigter Farbdentafeln, auf welchen die Abstufungen und Mischungen der drei Grundfarben aufgeleget waren, konnte sich jeder ein Bild machen, wie reichhaltig die in täglichen Berufsleben vorkommenden Arbeiten, unter Anpassung an die jeweiligen Papierforten, ausgeführt werden können. Reicher und wohlverdienter Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten, und der Wunsch war wohl allgemein, den Kollegen Mäusezahl wieder einmal in unsrer Mitte als Referenten und Kollegen begrüßen zu können.

Leipzig. In unsrer Generalversammlung am 25. März gab Kollege Hessebartz zunächst das Ergebnis der Gauvorstandswahlen bekannt. Zwei ausscheidenden Vorstandskollegen wurde der Dank für ihre bisherige Mitarbeit ausgesprochen. Zum Punkt „Berührung des Rechenschaftsberichts“ wurde auf den gedruckten vorliegenden Bericht verwiesen, der in großen Zügen die geleistete Arbeit des Gauvorstandes, der Sparten und andern Körperchaften im vergangenen Jahre aufzeigt. Kollege Hömmer erklärte einige Zahlen des Kasienberichts und verwies auf die außerordentlich starke Steigerung der Invalidenzahl, die vor allem aus finanziellen Gründen die größte Beachtung erfordert. Gegenwärtig wickelt sich auf die große Arbeitslosigkeit ungünstig auf die Kasienverhältnisse aus. Eine Ansprache zum Rechenschaftsbericht wurde nicht gewünscht und die von den Revisoren beantragte Entlastung des Vorstandes einstimmig angenommen. Nach der erfolgten Wahl eines Revisors, der Bibliothekare und der Beisitzer zum Kulturanschluß wurde ein Antrag auf Entschädigung der Bibliothekare und Revisoren einstimmig angenommen; desgleichen ein Antrag, dem Gesangsverein „Gutenberg“ für die Mitwirkung bei Organisationsveranstaltungen im Jahre 1928 1000 M. zu bewilligen. Zum Schluß wurde ein Antrag des Gauvorstandes, den Gaubeitrag um 10 Pf. zu erhöhen, also auf 60 Pf. festzusetzen, mit großer Mehrheit angenommen. — Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine Mitglieberversammlung statt. Lehrer Schönherz hielt eingangs ein äußerst befallig aufgenommenes Referat über den „Tag des Buches“. Seine Worte klangen aus in dem Mahnruf: Stärkere Beachtung des Arbeiterbuches durch den Arbeiterleser, stärkere Unterstützung der selbstgeschaffenen Arbeiter-Buchgemeinschaften. Nach dem Vortrag fand die Beratung der eingegangenen Anträge zum Verbandstag statt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag auf Anerkennung der Handwerkerpartei, desgleichen einige Anträge zum Mantelartikel. Eine längere Ansprache erfordert ein Antrag auf Abschaffung des Berechnens, um arbeitslose Handwerker unterzubringen, zum Schluß fand er mit knapper Mehrheit Annahme. Angenommen wurde ferner je ein Antrag zur Gaueinteilung, zum Unterstützungsweien und zum Industrieverband. Der letztere verlangt zunächst als erste Etappe die Verschmelzung mit dem Steinbrücker- und Lithographenverband. Ein weitgehendender Antrag zum Industrieverband, der unmittelbar die Zusammenfassung aller graphischen Organisationen forderte, wurde abgelehnt. Desgleichen ein Antrag zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, der die Beteiligung des Gesetzes fordert. Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Gauvorstandes, der die Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zugunsten der Arbeiterschaft verlangt.

Magdeburg. (Der Wahrheit die Ehre.) Nach Schluß unsrer Bezirksversammlung am 14. April verteilten einige Verbandsmitglieder einen Artikel über eine am 10. und 11. Juni 1928 in Köln abgehaltene Konferenz der in SPD-Betrieben Beschäftigten, der auch am andern Tage in der „Tribüne“ erschien. Am Schluß des Artikels ist folgender Anfang angeführt: „Wie hat sich nun diese Konferenz auf den SPD-Parteibetrieb, „Volkstimme“, Magdeburg, ausgewirkt? 1. Die Kollegen erhielten alljährlich eine Extraveröffentlichung zu Weihnachten. Diese ist seit dem vorigen Jahre gestrichelt. 2. Die Ferienfrage ist neu geregelt, wodurch vielen Kollegen eine Verschlechterung zuteil wurde. 3. Die Anfangsloshöhe für Neueinstellung ist herabgesetzt. 4. Nicht ein Kontrollführer, sondern eine Kontrolltür ist in der letzten Zeit im Betrieb eingebaut. Jeder Kollege muß also bei Zutrittskommen sich durch ein Ringelgeschloß demerkbar machen. Die Auswirkungen dieser Tür können sich alle Kollegen selbst vorstellen. So sieht es in Wirklichkeit in allen SPD-Betrieben aus. Den Splitter im Auge der SPD-Betriebe sind die gesamte SPD-Bureaucratie, aber den Balken im Auge der SPD-Betriebe darf sie nicht sehen. Kollegen, das sind Zustände, deren Abhilfe dringend notwendig ist, im Interesse aller Kollegen!“ Damit die Kollegen sich ein klares Bild über vorstehendes Mißgewebe der Kommunisten machen können, diene folgendes zur Klarstellung: Zu 1: Es ist nicht wahr, daß alljährlich eine Weihnachtsunterstützung gegeben wurde. Wahr ist, daß im Jahre 1925 ohne Anregung des Personals eine Weihnachtsunterstützung gegeben wurde. In den Jahren 1926 und 1927 ist auf Antrag des Personals eine Weihnachtsunterstützung gegeben, mit der Begründung, daß dies zum letztenmal sei. Im Jahre 1928 wurde die Weihnachtsunterstützung infolgedessen nicht mehr gegeben. Aber es erhielt jeder, der zur „Presse“ wollte, 50 M. Reisezuschuß. Zu 2: Es ist nicht wahr, daß nach der Konferenz die Ferienfrage neu geregelt und vielen Kollegen eine Verschlechterung zuteil wurde. Wahr ist, daß die Ferien nach der Arbeitsordnung vom April 1924 gewährt werden und seitdem nicht geändert sind. Diese feierten sich vom neunten Jahre alle zwei Jahre um einen Tag. Nach 16 Jahren 18 Tage. Zu 3: Es ist nicht wahr, daß die Anfangsloshöhe für Neueinstellung nach der Konferenz herabgesetzt sind. Wahr ist, daß die im Jahre 1925 gestrichene 10prozentige Zahlung über Tarif bei Neueinstellungen seit April 1928 nach sechs- bis zehnwöchiger Tätigkeit und seit dem 10. März 1929 sofort gezahlt wird. Zu 4: Es ist nicht wahr, daß eine Kontrolltür eingeführt ist und beim Zutrittskommen geklingelt werden muß. Wahr ist, daß erstens gar keine Klingel vorhanden und zweitens die Tür bis 10 Uhr vormittags aufbleibt, so daß also von einer Kontrolle keine Rede sein kann. Die Tür ist deshalb von draußen nicht zu öffnen, weil Unbefugten der Zutritt verweigert werden mußte. Außerdem sind für das Personal noch zwei Türen da, die nicht verriegelt sind. Erwähnt sei noch, daß der weitaus größte Teil des Personals mit über 24 Proz. über Tarif bezahlt wird. Durch den Umbau sind drei Räume zum Aufenthalt während der Pausen geschaffen. In den Pausen sorgt eine Lüftungsanlage für frische Luft. Die Waschgelegenheiten sind mit Kalt- und Warmwasserversetzungen versehen. Kollegen, so liegen die Dinge. Ist es nicht traurig, daß sich Mitarbeiter finden, die solche Unwahrheiten verbreiten und dadurch ihr eigenes Nest beschmutzen? Rudolf Schmutz.

Münster. Unsere Versammlung am 27. März ehrte zunächst zwei verstorbene Kollegen. Dann wurden Anträge zum Gantag behandelt, die allgemeine Zustimmung fanden. Es folgte die Beschlußfassung über eingereichte Anträge zum Verbandstag, die sich in der Hauptsache mit der Invalidenunterstützung befaßten. Ein Teil wurde angenommen, ein anderer Teil als undiskutabel abgelehnt. Bei der Stellungnahme zum Lohnabkommen wurde nach lebhafter Diskussion folgende Entschädigung gefaßt: „Die Mitgliedschaft Münster bringt zum Ausdruck, daß sie es begrüßt, daß das Abkommen in freier Vereinbarung getätigt wurde. Wessiglich der Erhöhung des Lohnes ist es der Versammlung unverständlich, daß die prinzipiellseitigen Verhandler nicht mehr Verständnis für die Lage der Hilfsarbeiter aufbrachten. Bei der langen Laufdauer des Abkommens hätte die Forderung der Gehilfenvertreter unbedingte Anerkennung finden müssen.“ Hierauf gab Kollege Brandmiller einen Bericht über die letzte Ortsauskunft. Bei der Wahl der Revisoren und des Beisitzers wurden die in dieser Funktion tätig gewesenen Kollegen einstimmig wiedergewählt.

Berlin (Merz). Am 24. März hielt der Bezirk Merz-Meyer seine diesjährige Versammlung im Hotel „König“ ab. Von 134 Mitgliedern im Bezirk waren 83 erschienen. Vom Gauvorstand war Kollege Heim (Bremen) anwesend. Mit begrifflichen Worten eröffnete Vorsitzender Graß (Bremen) die Versammlung und gedachte noch der besonderen Verdienste des verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seig, zu dessen Ehren sich die Versammlung von den Vätern erhoben. Vorstandsbereich und Kasienbericht wurden gutgeheißen. Kollege Heim erstattete sodann den Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. In der Ansprache kam zum Ausdruck, daß die Versammlung nicht restlos mit dem Resultat zufrieden sei, ganz besonders nicht mit der Verlängerung um ein weiteres Vierteljahr. Die viele Stellung ist nicht mehr berechtigt. Eine Resolution auf Annullierung des Lohnabkommens verfiel der Ablehnung. Die Berichte aus den Mitgliedschaften ergaben ein befriedigendes Bild. Wo schlechtere Verhältnisse bestehen, haben die Kollegen selbst die Schuld. Die Reklamsache darf auf keinen Fall, wie es vorkommen ist, mehr überschritten werden. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Tagungsort der Herbstversammlung wurde Stolzenau bestimmt.

Waldenburg i. Schl. (Wierteljahrsbericht.) Unsere Hauptversammlung fand am 5. Januar statt. In dieser widmete der Vorsitzende unsern verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seig, einen warmen Nachruf. Ebenfalls gedachte er auch der Toten unsres Ortsvereins. Auf 95 Kollegen ist unsre Mitgliederzahl gestiegen. Das Versammlungsleben ist als befriedigend zu bezeichnen. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des gesamten Vor-

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Einem in der Buchdruckerei Burger Reuße Nachrichten", Firma E. Laute in Burg a. M., beschäftigtigen Drucker und einem Maschinen-seher wurden anlässlich ihrer 25jährigen Geschäftszugehörigkeit von der Industrie- und Handwerkskammer sowie vom Deutschen Buchdrucker-Berein Auszeichnungen verliehen. Der Inhaber der Firma, Herr E. Laute, überreichte diese den Jubilaren und übergab außerdem jedem ein Spartaßens-buch über einen ansehnlichen Geldbetrag. Bei einer kleinen Abendfeier waren Geschäftsinhaber und Personal frühlich beisammen.

Schiffenprüfung. In Gelnhausen (Bezirk Hanau) unterzogen sich 12 Prüflinge (8 Seher, 4 Drucker) der Ge-hilfenprüfung. Von den Buchdruckern bestanden 4 Seher mit „Gut“, 4 mit „Ziemlich gut“, ein Drucker mit „Gut“, 2 mit „Ziemlich gut“, einer mit „Genügend“.

Zur Wirtschaftsfrage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufge-nommenen Statistik über den Arbeitslosenstand im graphischen Gewerbe Ende März 1929 (herausgegeben am 16. April) waren vorhanden bei den Buch-druckern 6,9 Proz. Vollarbeitslose und 0,2 Proz. Kurzarbeiter (gegen 6,2 Proz. bzw. 0,2 Proz. Ende Februar); bei den Buchbindern 11,8 Proz. Vollarbeitslose und 15,9 Proz. Kurzarbeiter (gegen 10,5 Proz. bzw. 16,3 Proz.); bei den Lithographen und Steinbruckern 8,2 Proz. Vollarbeitslose und 3,4 Proz. Kurzarbeiter (gegen 8 Proz. bzw. 3,5 Proz.); bei den Hilfsarbeitern 7,5 Proz. Vollarbeits-lose und 1,4 Proz. Kurzarbeiter (gegen 6,7 Proz. bzw. 0,7 Proz.). Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Ge-werkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende März auf 16,8 Proz. bzw. 7,5 Proz. (gegen 22,3 Proz. bzw. 8,5 Proz. Ende Februar).

Einem Siebzehnjährigen. Zu den wenigen noch lebenden Kämpen aus der Entstehungszeit der Arbeiterbewegung, die die Pflichten des freien Lebens als Mittel zum Zweck gewählt auszumachen verstanden, neue Rekruten für den sozialistischen Befreiungskampf zu werben, gehört unser Kollege A l e x a n d e r, der am 20. April sein 70. Lebens-jahr befristet. In der Berliner Agitationsdruckerei, in der das erste SPD.-Partieorgan, die „Berliner Freie Presse“, hergestellt wurde, als Seher schaffend, schloß er sich bereits im Jahre 1877 seiner Gewerkschaft und bald danach der Sozialdemokratischen Partei an. Von Haus aus der Musik ergeben — sein Vater war Regimentsmusiker —, setzte er sich sehr früh für die Pflege und Verbreitung des Arbeitergesanges ein. Der im Jahre 1890 gegründete „Ar-beiter-Sängerbund Berlin und Umgegend“ wählte Alex Kaiser zum Kassierer. Zwei Jahre später erfolgte die Zu-sammenfassung der Arbeiter-Sängerbünde und -gare zur „Liedergemeinschaft“, die die Herausgabe und den Vertrieb preiswerten Notenmaterials betrieb und eine Sängere-zzeitung herausgab. Alex Kaiser wurde als deren Kassierer und Archivar bestellt, wofür er bis zum Jahre 1908 ehrenamtlich vertrat, bis 1908 in Köln die Gründung des heute über 400 000 aktive und passive Mitglieder zählenden „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ und damit die Anstellung Kaisers als Sekretär erfolgte. Der Mühen und Arbeiten waren viele, um das immerhin komplizierte Bundesgemitte vorwärtszubringen. Der heute Siebzehnjährige hat mit treuem Fleiß und selbstlosem, unentwegtem Schaffen an dem ihm zum Lebenswert gewordenen Aufstieg der Arbeiterfängerbewegung noch lange vergönnt sein, sich der weiteren Entwicklung seines Lebenswertes zu erfreuen.

Nehmt mehr Rücksicht aufeinander. In den letzten „Mit-teilungen“ des Genes Dresden befindet sich folgender be-zugenswerter Nachruf auf die Kollegenschaft, dem man auch für die übrigen Verbandsgaue die nötige Beachtung wünschen möchte: „Alle Ausprüche über Arbeits- und Berufs-freude sind zwecklos, solange nicht jeder einzelne von uns dazu beiträgt, Rücksichtlosigkeit, Indulgenz und Neid, die das heutige Wirtschaftssystem züchtet, zu be-kämpfen. Man sei dem organisieren Mitarbeiter im Be-trieb hilfsbereiter Kamerad — einer gebe dem andern mit Rat und Tat an die Hand. Es gibt Kollegen, die über alles und jedes schimpfen, Bestimmungen, weil sie Opfer von ihnen fordern, mißachten. Diese Kollegen müssen sachlich aufgeklärt werden, eine Aufgabe, die nicht immer leicht, zur Förderung unserer gewerkschaftlichen Grundzüge aber durchaus notwendig ist. Aber auch auf die außerhalb des Betriebes Stehenden, die vielen Arbeitslosen, nehmt Rück-sicht! Leider gibt es immer noch Kollegen bei uns, die sich nur schwer dazu verstehen können, die tariflich gebotenen Maßnahmen, die so manchen Mitarbeiter vor Arbeits-losgkeit und Not bewahren könnten, zu beachten. Bei der großen Zahl arbeitsloser Drucker ist unter allen Umständen dahin zu wirken, daß der § 17 der Sonderbestimmungen für Drucker beachtet wird. Nicht mehr Maschinen bedienen, als dem einzelnen Kollegen zusteht! Beim Lesen der Korrek-turen wird ebenfalls schwer gekündigt. Die Arbeitgeber versuchen mit allen Mitteln, die Entlohnung von Korrektoren zu hinterziehen. Kollegen! Wenn wir einig handeln, dann werden die Arbeits- und Lebensverhältnisse sich bessern, werden sozialer und gerechter werden, es wird uns gelingen, Unternehmervillkür abzuwehren.“

Studenten als Wählerkäufer. Bei einer gelegentlichen Umfrage an den deutschen Hochschulen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden sind auch Fest-stellungen über die Aufwendungen für Bücher im Commer-sesemester 1927 gemacht worden. Die Antworten, die von etwa der Hälfte der männlichen Studierenden gegeben wurden, lieferten, wie in der Zeitschrift „Studentenwert“

standes. Nur der Posten des zweiten Vorsitzenden wurde neu besetzt. Von der Lehrstuhlsabteilung konnte ebenfalls von einer Aufwärtsbewegung berichtet werden. In der Versammlung am 9. Februar wurden die Vierteljahrsberichte der Orts- und Bezirksliste entgegengenommen und den beiden Kollegen für ihre gewissenhafte Arbeit Entlohnung erteilt. Kollege K ö h l e r gab einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorkehrkonferenz. Bezüglich der Neu-regelung der Invalidenunterstützung war man allgemein für den Vorschlag Dr. Richter (Wieslau). Am 22. Februar veranstaltete der Ortsverein gemeinsam mit der Orts-gruppe des Bildungsverbandes einen Tischbühnen Vortrag. Schriftsteller R u t h i n g (Berlin) sprach in feierlicher Weise über das Thema: „Im Fallboot durch Finland und Lappland.“ Leider war der Besuch recht mäßig. In der Ver-sammlung am 9. März wurden die Vorschläge zur Wahl der Gantagsdelegierten gefällig. Zum Verbandstag wurden die Kollegen Köchel und Gulsh als Kandidaten aufgestellt. Ein Antrag zum Verbandstag, betreffend die Neuregelung der Invalidenunterstützung, fand Annahme.

Weida i. Thür. In unserer Versammlung am 26. März stand als markantester Punkt der Bericht von der Handwerksvorkehrkonferenz in Berlin auf der Tages-ordnung. Bezirksvorsitzender R a n k e (Gera) entledigte sich dieser Aufgabe in längeren Ausführungen, die von den Anwesenden mit Interesse verfolgt und mit Beifall auf-genommen wurden. In der Aussprache, an der sich auch die Drucker- und Maschinenseherkollegen beteiligten, brachten die Handseher, die am Orte fast zeitlos ihrer Sparte angehören, zum Ausdruck, daß ein weiterer Aus-bau der Handseherpartei zur Wahrung ihrer berechtigten und in den letzten Jahren leider in den Hintergrund ge-drängten Interessen wünschenswert sei. Vom diesjährigen Verbandstag sei zu erwarten, daß er die Anerkennung der Handseherpartei ausspreche. Nach einem Dank an den Re-ferenten und der Erledigung einiger interner Angelegen-heiten fand die anregende Versammlung ihren Abschluß.

Wiesbaden. Am 24. März fand die Jahreshaupt-versammlung unseres Bezirks statt, nachdem vorher eine Funktionärsitzung gefügt hatte, die verwaltungstechnische Angelegenheiten besprach. Eingeleitet wurde die Versamm-lung durch Gesangsvorträge des Kollegenvereins „Gutenberg“ und die Ehrung des Kollegen Köchel anläßlich seines 50jährigen Verbandsjubiläums. Vorsitzender Schäfer überreichte dem Jubilar eine vom Verbandsvorstande gestiftete Brieftasche mit 50 M. Inhalt, dem vom Bezirksverein weitere 50 M. hinzugesetzt waren. Er würdigte dabei die Tätigkeit des Kollegen Köchel inner-halb des Verbandes und forderte zur Nachseherung auf. Kollege Köchel dankte und mahnte, die Treue zur Organi-sation zu halten, die uns ein treuer Helfer in allen Lebens-lagen sei. Ein von ihm ausgetragenes Hoch auf den Ver-band fand begeisterten Widerhall. Sodann widmete der Vorsitzende den Verstorbenen des vergangenen Jahres einen Nachruf, ebenso unserm verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seig. Die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben. Unter „Geschäftlichem“ wurde der Termin des „Festes der Arbeit“ sowie ein Flugblatt des Konsumvereins bekannt gegeben. Zur Auf-nahme gelangte ein Kollege. Die Eignungsprüfung und die ersten Sitzungen der Jahreshilfe nach Inkrafttreten der Lehrstuhlsordnung im Handwerkskammerbezirk Wiesbaden fanden vor Ort statt. Alsdann gab der Vorsitzende den Jahresbericht, der Kassierer den Kassierenbericht und der Lehrstuhlsleiter den Bericht über die Tätigkeit der Lehr-stuhlsabteilung. Diese Berichte lagen außerdem gedruckt vor sowie die Berichte der Ortsvereine Wiebrich, Hagen-berg-Martensberg, Limburg a. d. L., Rheingau; des Bil-dungsverbandes (Ortsgruppe Wiesbaden), der Maschinen-seher, Korrektoren, Druckervereinigungen, Stereotypver-einigungen, der Lehrstuhlsabteilungen Wiesbaden, Limburg und Rheingau sowie des Gesangsvereins „Gutenberg“. Sämtliche Berichte gaben Zeugnis von rühriger, intensiver Arbeit innerhalb des Bezirksvereins und fanden Zu-stimmung. Kollege R ö b e r (Wiebrich) gab einen Bericht von der Bezirksvorkehrkonferenz in Mannheim, die haupt-sächlich die verfallenen Lohnverhandlungen behandelte und ihren Wiederanschlag in einer Resolution fand, die die Arbeit der Unterhändler anerkennt. Begrüßt wurde darin, daß der Abschluß in freier Vereinbarung zustande kam, aber das Ausmaß der Erhöhung als ungenügend und die Laufzeit als zu lang bezeichnete. Die Versammlung hatte dem nichts hinzuzufügen. Kollege Z u l u s dankte dem Vorstand für seine Tätigkeit und forderte zur Bildung einer Drucker-partei in Limburg und Rheingau auf. Ein Antrag auf Um-bildung des Vorstandes wurde abgelehnt und dieser in der seitherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Die Ent-schädigung des Vorstandes wurde neu festgesetzt. Alsdann wurde die Wahl von acht Gantagsdelegierten vorgenommen. Zur Beratung standen drei Anträge. Der erste verlangte einen Zuschuß für den Ortsverein Limburg für Anschaffung einer Schreibmaschine, der in Höhe von 75 M. bewilligt wurde. Der zweite, von Hagenberg gestellte, fand ebenfalls Annahme, der einen Zuschuß von 5 M. verlangt für Fahr-ent-schädigung zu den Ortsvereinsversammlungen. Der dritte, von der Druckerpartei gestellte, verlangte einen Zuschuß für die Sparten. Dieser Antrag wurde zurückgezogen in der Erwartung, daß der Gantag Mittel für Bildungszwecke zur Verfügung stellt. Es folgte sodann die Beratung von drei Anträgen zum Verbandstag. Während einer abgelehnt wurde, gelangten zwei zur Annahme. Der eine besagt, daß vor jedem Tarifablauf eine Arbeitsimmung vorgenommen werden soll. Der zweite will die Forderung der Gantagsseher in Bezug auf Invalidenunterstützung vom Verbandstag gut-gehen lassen. Als Tagungsart der Bezirksversamm-lungen wurde Wiesbaden und Limburg bestimmt. Unter dem letzten Punkt „Beschiedenes“ wurde das Treiben der Satenkreuzer beleuchtet, die hier eine Hochburg errichten wollen. Die Kollegenschaft wurde aufgefordert, sich an den Maßnahmen des Gewerkschaftskartells gegen diese Gesell-schaft aktiv zu beteiligen. Außerdem wurden dem Kartell 100 M. überwiesen. Der Vorsitzende schloß die sehr gut be-suchte Versammlung (es waren 210 Kollegen anwesend) mit dem Wunsch, daß der Versammlungsbesuch auch weiterhin so bleiben möge.

herangezogen wurde, ein geradezu erschütterndes Er-gbnis: 11,4 Proz. kauften überhaupt keine Bücher, 14,2 Proz. wandten bis zu 10 M., 20,6 Proz. zwischen 10 bis 20, 19,5 Proz. zwischen 20 bis 30, 9,6 Proz. zwischen 30 bis 40, 11,2 Proz. zwischen 40 bis 50 und 3,9 Proz. zwischen 50 bis 60 M. auf. Nur 9,6 Proz. konnten mehr als 60 M. für Bücher ausgeben. Dabei ist das Buch das Hand-werkszeug des Studenten; er mußte bei spärlichster Be-rechnung mindestens für 40 M. Bücher im Semester kaufen, um in den Besitz der unentbehrlichsten Lehrbücher zu ge-langen. Es konnten aber nach diesen Antworten wohl kaum die Hälfte aller deutschen Studenten diese Mindest-summe aufbringen, und mehr als 10 Proz. der Studien-ben konnten sich überhaupt keine Bücher kaufen. Koch schimmer steht es bei den Studentinnen, von denen 2884 den Fragebogen beantworteten, 958 von ihnen, also über 40 Proz., kauften im Wintersemester 1927/28 überhaupt kein Buch, 204 konnten nicht mehr als 10 M. dafür auf-wenden, und nur 323 vermochten über 40 M. für Bücher auszugeben.

Ein Beispiel für die Unrentabilität zu hoher Abonnenten-ziffern. Daß eine Zeitung wegen zu vieler Abonnenten ihr Ertrinken einstellt, gehört sicherlich nicht zu den all-täglichen Vorkommnissen. Immerhin soll das bei amerika-nischen Blättern schon der Fall gewesen sein, deren Auflage schnell wuchs, ohne daß es möglich war, die Anzeigenpreise im gleichen Verhältnis zu erhöhen. In einer ähnlichen, wenn auch nicht ganz so verzweifelten Lage soll sich, wie der „Klimsch“ zu berichten wußte, die große holländische Tageszeitung „De Telegraaf“ in Amsterdam jetzt befinden. Auch hier war die Auflage des Blattes so gewachsen, daß eine Erhöhung der Anzeigenpreise nötig werden mußte, um seine Rentabilität zu erhalten. Man wußte aber den umgekehrten Weg, setzte die Preise herunter, machte aber gleichzeitig die Spalten schmaler und schmuggelte einen neuen, kleineren Schriftgrad ein. Der Trick wurde aber doch von den Intendanten bemerkt, und es gab eine all-gemeine Aufregung. 150 Großinrenten schlossen sich zu-sammen, um das Blatt zu boykottieren, bis der alte Zu-stand wiederhergestellt sei. Die Zeitung sucht jetzt nach einem Ausweg.

Über Schulzeugen großer Männer. Angesichts der be-rechtigten Kritik, die in immer zunehmendem Maße an der Art der heutigen Schulzeugen geübt wird, interessiert eine von einem Berliner Blatte zusammengestellte Über-sicht der Schulzeugnisse großer Geister. Beispielsweise war Ferdinand Lassalle nichts weniger als ein Musterfächer. Mit 15 Jahren erschien ihm das Kartenspiel interessanter als die Schule. Die schlechten Schulzeugen standen seinem Genie indes nicht entgegen. Der Dichter Gerhart Haupt-mann mußte als Quartaner aus der Schule genommen werden, weil er nicht mitkam. Sein Abgangszeugnis war: Fleiß genügend, Betragen gut, Naturgeschichte und Deutsch genügend. Auch Thomas Mann erreichte, obwohl er zwölf Jahre ein Gymnasium besuchte, nur das Einjährig.

Freiengewerkschaftliche Wohnungsfürsorge. Die frei-gewerkschaftliche Wohnungsfürsorgegesellschaft, die Demog, Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft A. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin, konnte in diesen Tagen auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Die frei-gewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterbewegung in Deutsch-land kann mit Freude feststellen, daß auch dieser jüngste Zweig wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeiter-schaft sich durchaus gut und unerwartet rasch entwickelt hat. Aus dem Geschäftsbericht der Demog geht hervor, daß die Demog bzw. ihre Tochtergesellschaften, die sie überall an den wich-tigsten Stellen im Reich unterhält, seit Bestehen der Or-ganisation rund 15 000 Kleinwohnungen für Arbeiter und Angestellte zumeist in vorbildlichen Großsiedlungen ge-schaffen haben. Will man jedoch das Gesamtergebnis frei-gewerkschaftlicher Tätigkeit seit Stabilisierung der Mark erfassen, so muß man auch die Wohnungen berücksichtigen, die von den Genossenschaften erstellt worden sind, die dem neben der Demog selbständig bestehenden Revisionsverband gemeinnütziger Baugenossenschaften e. V. Demog Re-visionsvereinigung angeschlossen sind. Dieser Revisions-verband gemeinnütziger Baugenossenschaften umschließt zurzeit rund 200 Genossenschaften, die nach einer kürzlich aufgestellten Statistik rund 29 800 Wohnungen erstellt haben. Im Berichtsjahr hat die Demog ihr Aktienkapital von 400 000 M. auf 1 000 000 M. erhöht. Die Aktienpatete sind wiederum in erster Linie von den drei großen Spähen-organisationen, dem ADGB, dem AFU-Bund und dem ADL, übernommen worden. Der Rest wurde von den ein-zelnen Gewerkschaftsverbänden aufgebracht.

Lohnerhöhung in der Futindubrie. Wie uns vom Vor-stand des Deutschen Futindubrierverbandes mitgeteilt wurde, sind im Anschluß an das zur Beilegung des Streites in der Futindubrie in Frankfurt a. M. getroffene Abkommen die Löhne in den hauptgeschäftlichen Gebieten mit Tarif-geltung bis zum Oktober 1930 um 5,5 Proz. erhöht worden. **Niedrige Angestelltengehälter in den Vereinigten Staaten.** Es dürfte allgemein bekannt sein, daß allein die Fach-arbeiter in Amerika sich hoher Löhne erfreuen, während die Löhne der Angelehnten in vielen Industriezweigen und Gebieten, insbesondere in den Südstaaten, außerordentlich niedrig sind. Die neue amtliche Lohnstatistik berichtet darüber, daß die Realöhne der Angestellten gegenüber der Vorkriegszeit nicht gestiegen sind. Der amtliche Index für Lebenshaltungskosten zeigt eine Steigerung um 71 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit, die Durchschnittslöhne der Angestellten eine Steigerung um 74 Proz. Da aber der amerikanische Lebenshaltungsinde der Änderungen der Lebensgewohnheiten seit dem Kriege nicht genügend berück-sichtigt, so sind die Realöhne der Angestellten in Wirklich-keit erheblich niedriger. Die Freisetzung von Arbeitskräften durch arbeitparende Maschinen in der Industrie hat einen großen Teil der erwerbssuchenden Jugend in die An-gestelltenberufe gedrängt, dies und noch andre Gründe führten zu einem Überangebot an Angestellten, das einer Steigerung ihrer Realöhne im Wege stand.

Die deutsche Lebensversicherung im Jahre 1928. Im Vorjahre sind die Kapitalanlagen der deutschen Lebens-

versicherungsunternehmungen um 47 Proz. und zwar von 771 Mill. M. auf 1137,9 Mill. M. gestiegen. Vor dem Kriege verfügten die deutschen Lebensversicherungsunternehmen über Kapitalanlagen von rund 6 Milliarden Mark. Diese 6 Milliarden sind in Jahrzehnten zusammengetragen worden; bei der gegenwärtigen Entwicklung des Lebensversicherungsgeschäfts dürfte es jetzt aber nur eine Frage von wenigen Jahren sein, um einen solchen Kapitalbestand zu erreichen. Während des vorigen Jahres wurden 3,2 Millionen neue Versicherungen abgeschlossen, so daß am Jahresende ein Bestand von 9,1 Millionen Versicherungen mit 13 147,4 Mill. M. Versicherungssumme vorhanden war. Der Anstieg der Versicherungen nach hat die deutsche Lebensversicherung bereits wieder drei Viertel des Vorkriegsbestandes erreicht. Ist schon die Entwicklung des deutschen Lebensversicherungsgeschäfts im allgemeinen eine außerordentlich zufriedenstellende gewesen, so kann erfreulicherweise von der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge festgestellt werden, daß sie besonders gut vorwärtskam. Sie wird voraussichtlich am Schluß des laufenden Geschäftsjahres einen Bestand von annähernd zwei Millionen Policen zählen.

Die letzten Briefmarken der Welt. Auf der Internationalen Briefmarkenausstellung in Le Havre, die im Mai dieses Jahres stattfand, wird die kostbarste Briefmarke, die es gibt, zu sehen sein. Es ist die 1-Cent-Marke von Britisch-Guayana, die im Februar 1856 dort gedruckt wurde, als die offizielle Briefmarke plötzlich ausging. Diese seltenste aller Marken, die nur noch in einem Stück erhalten ist, wurde von einem Schuljungen unter verlegenen Briefschaften in einer Bodenkammer zu Georgetown (Demerara) entdeckt und von ihm an einen Briefmarken sammelnden Kameraden für ein paar Pfennige verkauft. Sie gelangte dann in die berühmte Sammlung des Barons Rothschild von Ferrari, dessen Schätze bekanntlich vor dem Kriege dem Berliner Postmuseum vermachrt waren, aber dann von Frankreich beschlagnahmt und 1922 versteigert wurden. Die Marke wurde von einem Amerikaner Arthur Hind für den Rekordpreis von 150 000 M. erstanden; sie dürfte jetzt infolge der Preissteigerung seltener Marken einen Wert von 200 000 M. besitzen.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Holstenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

Einpruchsschluß für die Patentanmeldungen 28. Mai 1929.

- (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 28. März 1929):
- Nr. 156 91 102 545 Maschinfabrik Hüfner, Ballek & Co., Hilt. Gehl., Dresden, 1. Maschine zum Fräsen der Nuten von ebenen Zylinderrollen u. dgl.
 - Nr. 156 91 133 595 8. Verstellb. Metallrollenfabrik und Schriftgießerei K. W. Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 88. Vorrichtung zum Einschleifen von Nischenbogen an Druckmaschinen.
 - Nr. 151 61 45 217 Firma De Otto & Strecker, Darmstadt, Oberlahnweg 6. Mittel zum Waschen und Enttauchen der aus Gummi bestehenden Teile von Druckpressen.
- Patentanmeldungen
- Nr. 156 91 74 783 Standard Compollor A.-G., Berlin W 57, Fohdenauer Straße 92. „Matrizen- und Seltengasmaschine mit gradlinig auf Rollen verchiebbarem „Chapoy“.
 - Nr. 156 91 474 869 Die Dunlop Printing Press Company, Dattie Creek, Nid., S. St. A., Barbours für Druckmaschinen.
- Gebrauchsmuster:
- Nr. 156 91 1 066 899 Georg Müller, Elmshorn, Holstein. „Feder zur Führung der Matrizen von Seltengas- und Gießmaschinen.“
 - Nr. 156 91 1 066 954 Mergenthaler Schreibmaschinen-Fabrik G. m. b. H., Berlin N 9, Chausseestraße 25. Antrieb für das Gleitrad von Matrizen- und Seltengasmaschinen.

Literarisches

„Reines Schicksal.“ Erzählungen von Emil Schödl. Verlag der Wülfelgedr. Gutenberg, Berlin 1928. Der Schweizer Schriftsteller Emil Schödl hat einige seiner schönsten Romane zu einem Buchlein vereinigt, dem er den Titel „Reines Schicksal“ gab und das bei der Wülfelgedr. Gutenberg mit 1,50-M. „Kuch und Geld“ erschienen. Reine Schicksale sind es, die er an Dichtern und Bardeten gefordert hat. Seine Schicksale sind keine Fabeln, keine Erzählungen, keine Gemäldezeichnungen. Kleine Leute, aus denen sich die Masse zusammensetzt, geben vorüber und werden uns für eine Weile ins Gedächtnis. Da ist die Erzählung von einer jungen Liebe, die zu einem glücklichen Ende gelangt, nachdem das Mädchen, das ausgezogen und verwundet ist, als der Kurche, die Erziehung ihres Bräutigams vervollständigt hat. Das Schicksal eines Verbrechens, der gegen den Staat rebelliert, aber nicht die Kraft hat, bis zuletzt durchzupacken, wird abgelöst von dem Erlebnis eines Zeitungsleiters, der durch bittere Erfahrungen in der Liebe zu dem Schicksal kommt. „Wieder eine Frau auf dem Rande, als eine Frau in der Phantastik.“ Solche kleinen Dinge sind es, die Emil Schödl erzählt. Aber wie erzählt er sie! Möglich werden aus den kleinen Schicksalen große allgemeingültige, die tausendmal so vorkommen. So ist das Leben! hört man aus jeder dieser Geschichten heraus, die Emil Schödl mit seltener Einsicht, mit natürlichen Humor und mit feinem Gefühl für die leisen Nuancen des menschlichen Herzens erzählt.

„Der Wiederruf.“ Von E. Karlor. Verlag von Klink & Co., Frankfurt a. M. 1929. 60 Seiten. Preis 4 M., einschließlich Porto und Verpackung. (Zusatz 25 Pf.) Während für alle anderen Gebiete des germanischen Gewerbes eine Anzahl Handbücher aus dem Verlag erschienen, haben wir in letzter Zeit für den Wiederruf. Diese Hefen sind nun das oben erwähnte Werkchen „Der Wiederruf“ aus, das rund 90 Seiten Kleinformat umfassende Hefchen ist leicht verständlich geschrieben und durch übersichtliche Zeichnungen und Abbildungen gut illustriert. Es bezieht sich nicht nur auf Arbeitsschritte auf dem Gebiete des Wiederrufs, sondern auch sämtliche Handdruckmaschinen, -werkzeuge und -materialien. Ein Teil vieler Jahren in der Praxis liegender Fachmann gibt hier seinen Kollegen wertvolle Fingerzeige und dem Neulingen im Wiederruf eine gute Anleitung.

Verschiedene Eingänge

„Demov. Deutsche Wohnwirtschafts-Kommunikations-Gesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter.“ Berlin. Der Geschäftsbericht über das Jahr 1928 ist als Sonderheft der „Wohnwirtschafts-Kommunikations-Gesellschaft“ erschienen. Dieses Heft enthält mit seinen 100 Seiten einen Überblick über den Stand der Wohnungswirtschaft in Deutschland und bringt außerdem interessante Material über die Erfolge freigezwirtschaftlicher Wohnwirtschaften. Wir können unsern Lesern das Studium dieser Sondernummer dringend raten, zumal auch durch alte Bilder eine Anschauung der modernen, schönen

Wohnwirtschaft vermittelt wird. (Die Geschäftsstelle der „Wohnwirtschafts-Kommunikations-Gesellschaft“ befindet sich: Berlin S 1, Inselstraße 6.)

„Schulmann 1928/1929.“ Berlin S 1, Inselstraße 6. Der Vorkurs dieser Schule einen Nachweis auf liefern über die in ihr erstattete Tätigkeit bildet den Grund der auch und ausgehenden Wappe. Es kommen darin vorwiegend von den Schülern gemachten erledigte Klassenarbeiten, und zwar Adresskarten und Briefbogen, Schularbeiten, etc. Es handelt sich um Arbeiten, die im Nebenunterricht unter Vorrichtung des Lehrers entworfen und danach erst im Saal ausgeführt worden sind. Jeder Fachmann wird Freude an der mit einfachen Mitteln erreichten neuartigen Gestaltung der einzelnen Druckarten empfinden. Als Ganzes genommen aber zeigt die Sammlung von der Schönheit und Eleganz, mit der in der Wülfelgedr. Gutenberg-Kommunikations-Gesellschaft, sowie von dem sorgfältigen Zusammenwirken von theoretischer Schulung und praktischer Tätigkeit.

„Der erste Mai und Pfingsten.“ (Heft der Arbeiter, Heft 8), 46 Seiten. 1 M. Verlag G. Altendorfer (Waldenburg-Altweiler 1, Schlf.). Ein reichhaltiges und vielfältiges Buch über den Vorkurs und Pfingsten in der Natur, in den Künsten, in den Wissenschaften und zwei Aufstellungen.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!

Wer diese statutarische Pflicht unbedacht läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsaufträgen auf den Seiten 47 bis 64).

„Die graphische Kunst.“ Monatschrift für graphische Künste. Hrsg. von G. H. G. Verlag: Berlin XII, Am Wundewitz 29/30.

„Vertrieb Holzgerätschaften.“ Monatschrift für Buchdruckerei, Buchbinderei, Buchgeschäft und Buchhandel. Herausgeber: Hugo Lagerfeldt, Berlin, Schöten, 1928. Heft 3.

„Graphische Kunst.“ Eine Monatschrift für das Buchgewerbe. Hrsg. von G. H. G. Verlag: Berlin XII, Am Wundewitz 29/30.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

Beizefallen

„M. in D.“ Das ist eine treue Annahme. Auch Parteien-festhalten werden bezeugen und sind schon bezeugen worden, aber das kann in einem alle diese Erscheinungen nach Gruppen erfassenden Rahmen erst nach Vertiefung des zweiten Landes der großen Verbandstätigkeit erfolgen. (Hessen, Guss) - Kurze Zeit nach dem 1. April in Berlin S 14, Schloßstraße 65, Volksbankkonto Berlin Nr. 1028 87 (H. Schwenke). Die sich an ein Arbeiterfesthalten. Die gemäßigten Väter besorgt ihnen jede Aufklärung. - M. in D. Nr. 67: 0,15 M. - S. 21: Nr. 610: 16,20 M. - S. 21: Nr. 611: 0,40 M. - S. 21: Nr. 612: 10,20 M. - S. 21: Nr. 613: 5,10 M. - S. 21: Nr. 614: 10,20 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 6. Fernruf: Amt Hermann Nr. 1011, 1012, 1013. Verbandsbureau: Bank der Arbeiter in Berlin S 14, Schloßstraße 65, Volksbankkonto Berlin Nr. 1028 87 (H. Schwenke). Fernruf: Amt Hermann Nr. 1011, 1012, 1013. Verbandsbureau: Bank der Arbeiter in Berlin S 14, Schloßstraße 65, Volksbankkonto Berlin Nr. 1028 87 (H. Schwenke).

„Der erste Mai und Pfingsten.“ (Heft der Arbeiter, Heft 8), 46 Seiten. 1 M. Verlag G. Altendorfer (Waldenburg-Altweiler 1, Schlf.). Ein reichhaltiges und vielfältiges Buch über den Vorkurs und Pfingsten in der Natur, in den Künsten, in den Wissenschaften und zwei Aufstellungen.

„Die graphische Kunst.“ Monatschrift für graphische Künste. Hrsg. von G. H. G. Verlag: Berlin XII, Am Wundewitz 29/30.

„Vertrieb Holzgerätschaften.“ Monatschrift für Buchdruckerei, Buchbinderei, Buchgeschäft und Buchhandel. Herausgeber: Hugo Lagerfeldt, Berlin, Schöten, 1928. Heft 3.

„Graphische Kunst.“ Eine Monatschrift für das Buchgewerbe. Hrsg. von G. H. G. Verlag: Berlin XII, Am Wundewitz 29/30.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

„Arbeiterzeitung.“ Monatschrift der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 4. Arbeiterzeitung Verlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: Einzelheft 25 Pf., Jahrgang 2,50 M.

Adressenveränderungen

Selbsten (S. 91), (Haupt-Danau), Vorsitzender: Karl ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat Februar 1929. Auf der Reise: 103 Mitglieder.

Table with columns: Besäftigungsart, in der Reiseunterstützung, in der Ortsunterstützung, Unterstühtungstage insgesamt.

Im Unterstützungsbereiche verblieben am 26. Februar 1929: 2533 Mitglieder.

Sauherverwaltung. In der Nr. 80 des „Korr.“ veröffentlicht wir eine Notiz...

Veranstaltungskalender

Bielefeld. Drucker-Versammlung am Sonnabend, dem 27. April, abends 7 1/2 Uhr...

Dresden. Korrektorenversammlung Sonnabend, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, Kleiner Saal des Erianon...

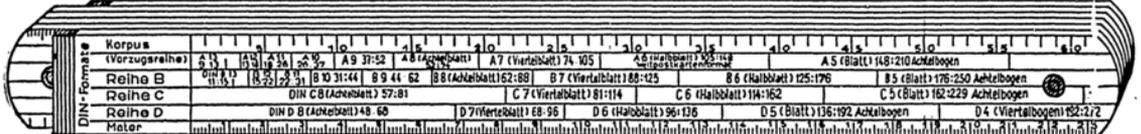
Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellen...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst...

Formatanzeigender Maßstab

Unentbehrlich für Wertstatt und Kontor Das Universalwerkzeug für die graphischen Betriebe



Der Maßstab ermöglicht ein leichtes Ablesen der bisher üblichen Kanzlei- und Postformate auf der einen und der Din-Formate auf der anderen Seite.

Preis des Maßstabes einschließlich Karton 4,50 Mark, Porto 15 Pfennig

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H. Berlin SW 61, Dreibundstraße 5

40 Jahre Verein aller in den Schriftgiebereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Offenbach a. M.

Der neue „Duden“ Die Kollegen besitzen ihren neuen „Duden“ und sonstige Fachbücher...

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein Sonntag, den 28. April: Nachmittagskonzert...

Haus Ahlborn Aufkurort Hardegsen-Vestmpe. Haus in schön. Lage d. Sollings...

Am 17. April verschied nach längerem Leben unser lieber Kollege...

„Die graphische Lupe“ erscheint ab Nr. 1 des 3. Jahrgangs vergrößert...

Züchtiger Monotypsetzer mit längerer Praxis in dauernder Stellung gesucht.

Walze! Suche zuverlässigen Kollegen, der mit nach Stellen wagt.

Herm. Wünsche im 73. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken...

Am 12. April verschied nach langem Krankenlager einer unserer besten...

Züchtiger Drucker von altrenommiertem Berliner Buchdrucker zum möglichst sofortigen...

Werk- und Tabellensetzer auch im Informat. u. Klavierfach bewandert...

Am 10. April verstarb nach längerem Leben unser lieber Kollege...

Am 16. April verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser wertvoller...

Allen jenen, die bei der Vergebung meines geliebten Gatten...